

Stoppt den Krieg Die Antikriegsbewegung aufbauen!



5.000 Berliner SchülerInnen streikten am 8. Oktober gegen den Kriegbeginn

Wenn es sich nur um einen Propagandakrieg handeln würde, den Bush, Blair und Schröder gegen Afghanistan führen, dann sähe vieles danach aus, dass eine Niederlage für die mächtigsten Staaten der Welt kurz bevor stünde. Doch dieser Krieg ist real und täglich sterben in Afghanistan unschuldige Menschen durch die Bombenangriffe, werden viele mehr traumatisiert und leiden noch viel mehr unter Hunger und Flucht und wissen nicht, wie sie den nahenden strengen Winter überleben sollen.

Von Sascha Stanic,
SAV-Bundesleitung

An der Propagandafront kon-

ten die westlichen Kriegsherren die entscheidenden Schlachten bisher nicht gewinnen. Ihr Versuch, den Krieg mit dem Abwurf von Lebensmittelpaketen zu „garnieren“ und ihn dadurch als eine humanitäre Anti-Terror-Aktion darzustellen, ist gescheitert. Der Protest von humanitären Hilfsorganisationen machte vielen Menschen klar, dass diese Lebensmittelpakete Propagandawaffen der USA waren, dass sie ein Tropfen auf dem heißen Stein sind und vor allem, dass der Krieg zu einem enormen Rückgang der humanitären Hilfe für die afghanische Bevölkerung geführt hat.

Immer weniger Menschen glauben das Märchen von der „chirurgischen Kriegsführung“, die keine

ZivilistInnen trifft. Die Berliner Zeitung vom 24. Oktober erwähnt die Bombardierung eines Krankenhauses in Herat, des Büros einer UN-Partnerorganisation, des Dorfes Kadam, eines Wohnviertels in Kabul, eines Krankenhauses und Wohnviertels in Kandahar, einer Schule in Kabul, einer Nomadensiedlung nahe Kandahar und einer Lagerhalle des Welternährungsprogramms. Mittlerweile sind laut FAZ vom 28.10. vier von fünf Lagern des Roten Kreuzes in Kabul durch Bomben zerstört worden. Bei diesen und anderen Angriffen wurden mehr als tausend unschuldiger Afghanen und Afghaninnen umgebracht.

Es ist klar: Dies ist ein Krieg wie jeder andere – geführt zur Durch-

setzung politischer, strategischer und ökonomischer Interessen der USA und ihrer Verbündeten. Das durch den Anschlag vom 11. September angekratzte Prestige der Weltmacht USA soll wiederhergestellt werden. Aufmüppigen Völkern oder auch Regierungen in der so genannten 3. Welt soll demonstriert werden, dass man die Macht der reichen Industriestaaten nicht in Frage stellen kann. Und es soll in Afghanistan eine Regierung installiert werden, die nach der Pfeife des westlichen Imperialismus tanzt – nicht zuletzt, um den Zugang zu den Öl- und Erdgasquellen am Kaspischen Meer zu erleichtern. Dass es nicht um den Kampf gegen Fundamentalismus, Terror und Diktaturen geht, zeigt sich schon daran, dass die USA sich mit dem islamisch-reaktionären Regime in Saudi-Arabien und der Militärdiktatur in Pakistan verbündet haben, um ihre Interessen durchzusetzen.

Nach einer Forsa-Umfrage (siehe ND vom 26.10.01) sprachen sich 69 Prozent der Deutschen für eine Feuerpause aus, 60 Prozent sind gegen einen Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan. Kanzler Schröder bringen solche Umfrageergebnisse nicht von seiner „uneingeschränkten“ Unterstützung der Regierung Bush ab. Er will Deutschland wieder in die erste Liga der militärischen und weltpolitischen Staaten bringen.

Aber die sich entwickelnde Antikriegsbewegung, die in Deutsch-

land in den letzten Wochen viele zehntausend und weltweite viele hunderttausend Menschen auf die Straßen brachte, kann die Kraft und die Macht entwickeln, diesen Krieg zu stoppen. Dafür braucht sie einen langen Atem, muss sich ausdehnen und vor allem die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen – die Gewerkschaften – einbeziehen. Diese sollten sich auch gegen den

Krieg stellen, weil es die arbeitenden Menschen im Westen sind, die durch höhere Steuern den Krieg bezahlen müssen (und es sind die einfachen Soldaten, die oft aus armen Verhältnissen kommen, die ihr Leben lassen müssen) und Opfer der Weltwirtschaftskrise werden, die durch das System hervorgerufen wird, das auch für Terror und Krieg verantwortlich ist. ■

- ➔ **Keine weiteren Opfer! Stoppt den Krieg!**
- ➔ **Keine Beteiligung der Bundeswehr**
- ➔ **Stoppt Schilys innere Aufrüstung – für die Verteidigung aller demokratischen Rechte**
- ➔ **Schluss mit der Hetze und Ausgrenzung gegen Menschen aus dem arabischen Raum**
- ➔ **Ausbeutung und Unterdrückung sind die tiefere Ursache von Terror und Krieg. Darum: Schluss mit der Diktatur der Banken und Konzerne**

Gegen Krieg & globale Ausbeutung

10. November: weltweiter Aktionstag gegen die WTO

13.—15. Dezember: Demos gegen den EU-Gipfel in Brüssel

ISLAMISCHER FUNDAMENTALISMUS

Gründe für den Aufstieg

Seite 6-7

AFGHANISTAN

Die Politik der Nordallianz

Seite 8

ATTAC

Gründungskonferenz

Seite 9

ANTIKRIEGS-BEWEGUNG

Repressalien und Kündigungen

Seite 11

Wahlen in Berlin Linksverschiebung

Sechzig Prozent der WählerInnen haben bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus SPD, PDS oder Grüne gewählt. Während die PDS in Ostberlin von fast der Hälfte aller Wahlberechtigten gewählt wurde, fuhr die CDU die größten Verluste seit 1948 ein: Sie stürzte von 40,8 Prozent auf 23,7 Prozent und hat damit fast die Hälfte ihrer WählerInnen verloren.

Die Wahlergebnisse sind hauptsächlich ein Ausdruck der Unzufriedenheit der BerlinerInnen mit dem wachsenden Korruptionssumpf, der dieses Jahr im Juni mit dem Berliner Bankenskandal seinen Höhepunkt erreicht hatte. 2,5 Millionen Berliner waren drei Jahre früher als vorgesehen zur Wahl aufgerufen, nachdem die Große Koalition geplatzt war. Parallel zum Abgeordnetenhaus wurden auch in den zwölf Berliner Großbezirken die Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) gewählt.

Zuwachs der PDS – bewusste Stimmen gegen den Krieg

Die PDS konnte auch mit ihrer Position gegen den Krieg Stimmen dazu gewinnen. Als einzige der größeren Parteien lehnt sie den Krieg gegen Afghanistan ab. So wurde sie mit 30 Prozent bei den Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren zur stärksten Partei. Der Wahlerfolg der PDS kann nicht mehr mit dem „Ost-Bonus“ abgetan werden: Sie

ist nach der Wahl in allen West-BVVen vertreten und erreichte in Kreuzberg 19 Prozent.

Rot-Rot, Rot-Grün, Rot-Gelb-Grün, Rot-Rot-Grün...?

Das liest sich wie die Auswahl aus einer Smarties-Tüte. Was auch für eine Entscheidung in Bezug auf die neue Koalition getroffen werden wird: Von dieser Entscheidung sind die BerlinerInnen ausgeschlossen. Auch unter einer SPD/PDS-Regierung, der die WählerInnen eine klare Mehrheit erteilt haben – die PDS ist stärker als FDP und Grüne zusammen –, würde sich für Beschäftigte und Jugendliche in Berlin nicht viel ändern. Schon in ihrem Wahlprogramm befürwortete die PDS weitere Privatisierungen und Stellenabbau im Öffentlichen Dienst. Sie redet von 20.000 Stellen bis 2010; 61.000 öffentliche Arbeitsplätze sind schon unter der Großen Koalition vernichtet worden.

Gutes Ergebnis für SozialistInnen

Die SAV, die im Stadtbezirk Pankow/Prenzlauer Berg mit eigenen Kandidaten angetreten ist, konnte ein gutes Stimmresultat erzielen: Im Bezirk Pankow hat die SAV bei der BVV-Wahl im Vergleich zu 1999 ihre Stimmenanzahl auf 903 (0,5 Prozent) mehr als verdoppelt. SAV-Mitglieder, die für das linke Wahlbündnis Demokratische Linke im Prenzlauer Berg zum Abgeordnetenhaus kandidiert haben, erhielten zwischen 294 (0,9 Prozent) und 235 (1,1 Prozent) Stimmen.

Wichtiger noch als das Wahlergebnis ist die gestiegene Bekanntheit, die die SAV in der Antikriegsbewegung erreichen konnte.

Die SAV unterscheidet sich nicht nur in ihrem Programm von den etablierten Parteien: Nach der Wahl kommt es darauf an, den Widerstand gegen den Krieg zu organisieren und sich auf Aktionen gegen die durch den Senat zu erwartende Kürzungspolitik vorzubereiten.

Daniela Heipel, Berlin



Es war noch nicht einmal eine Woche nach den Wahlen verstrichen, als die SPD-Finanzsenatorin Krajewski neue Finanzlöcher „entdeckte“ und ein Sparpaket forderte, das unter anderem die Streichung von 1.000 Kita-Stellen, 1.000 Mark Studiengebühren für „Langzeitstudenten“ und die Schließung von 20 Bädern vorsieht. Mit dieser SPD würde Gysi gern koalieren...

Die PDS nach dem Bundesparteitag Quo vadis PDS?

Als am 21. Oktober 2001 um 18 Uhr der Berliner Wahlkampf zu Ende ging, ergaben Umfragen des Fernsehsenders n-tv, dass 78 Prozent der PDS-WählerInnen der PDS ihre Stimme gaben, weil sie sich als einzige Partei im Bundestag klar gegen den US-Krieg gegen Afghanistan aussprachen. Zwei Wochen vorher, am 6. und 7. Oktober, fand in Dresden die 2. Tagung des 7. Parteitag der PDS in Dresden statt. Bestimmt wurden die Diskussionen natürlich von den Ereignissen des 11. September und den drohenden Militärschlägen.

Zu Beginn des Parteitags ließen die Delegierten 99 Luftballons mit der Friedentaube in den Himmel steigen. Damit machten die Delegierten ihr klares Bekenntnis für den Frieden deutlich und erteilten auf dem Parteitag Gysis Wünschen nach einer „Kommandoaktion“ eine Absage.

Dieser hatte in den Tagen vor dem Kongress mit Äußerungen nach einem begrenzten Einsatz von Militär die Aufmerksamkeit erregt und auch auf dem Parteitag erklärt, dass er zur Ergreifung von Terroristen auf eine Polizeiaktion setzen würde, die aber organisatorisch (logistisch) vom Militär umgesetzt werden müsste: „Das wäre im Kern eine polizeiliche Aktion, vom Militär durchgeführt.“

Ursachen für Terror und Krieg

Im Parteitagspapier „Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft“ heißt es: „Seit 1990 wird die neoliberale Wirtschaftspolitik verstärkt fortgesetzt. Entgegenstehende Hoffnungen haben sich bisher nicht erfüllt. Die Regierungen weniger Staaten und die Führungen von einigen Weltkonzernen und internationalen Großbanken haben weit gehende Kontrolle über die wichtigsten internationalen Institutionen erlangt. Innerstaatliche Demokratie wird in den kapitalistischen Hauptländern der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet.“

Leider bleiben die entscheidenden Fragen nach den Mechanismen dieser kapitalistischen Gesellschaft und deren Überwindung unbeantwortet oder nebulös. Im Beschluss heißt es dazu unter anderem: „Die Gesellschaft, in der wir handeln, verändert sich ständig (...)

Innere Sicherheit

„Sicherheit für die Menschen heißt in unserem Land auch, bereits existierende Gesetze zur Verbrechensbekämpfung konsequent anzuwenden. Strafverfolgungsbehörden, die Polizei und der Zivil- und Katastrophenschutz sind dafür personell zu stärken und technisch mit modernen Mitteln auszustatten.“

(Von führenden PDS-Funktionären unterzeichnete „Dresdener Appell“, herausgegeben am 8.10.01)

Ihre Entwicklung folgt keinem abstrakt-theoretischem Modell, sondern ist Resultat fortwährender Auseinandersetzungen und Entscheidungen über einzuschlagende Wege.“

Über den Wolken

Wie bereits beim Kosovo-Krieg 1999 sprachen sich auch diesmal führende PDS-VertreterInnen für die UNO als einzige Institution aus, die Konflikte lösen könne. Die Beschlüsse von Dresden spiegeln diese Idee wider. Unter dem Kapitel „Globale Sicherheit für alle Völker! – Für einen sozialen, gerechten, solidarischen Frieden!“ heißt es: „Wir verfolgen das Ziel einer (...) demokratisierten und reformierten UNO (...). Nur die UNO und nicht einzelne Staaten sind in der Lage, Terrorismus eindeutig zu definieren, sowie internationale Maßnahmen zu beschließen.“

Also nach dieser Logik war der Krieg gegen den Irak 1991 und das Embargo, welches bis heute besteht, gerecht? Denn schließlich geschah beides unter dem Namen der UNO. Ernsthafte Menschen betrachten die Welt so wie sie ist, und nicht wie sie sich gedacht wird. Wer hat denn in der UNO das Sagen? Es sind die großen westlichen, imperialistischen Länder – innerhalb derer wiederum die großen multinationalen Banken und Konzerne das Sagen haben! Daran wird auch die Aufnahme eines islamischen Staates, wie sie Frau Zimmer in ihrer Einleitung zum Programm forderte, nichts ändern. Erstens wäre dieser eine „andere“ Staat bei Entscheidungen in der Minderheit, zweitens: sind doch die ganzen Regimes der islamischen Länder auf die Unterstützung des Westens angewiesen und schließlich wäre drittens einer derart „reformierte“ UNO auch nicht die Interessenvertretung der Massen in der „Dritten Welt“; Menschenrechte, die Interessen von ArbeiterInnen, Frauen und Jugendlichen würde die UNO immer noch nicht repräsentieren!

Weiterer Rechtsruck

Die Fragen von Terror und Krieg waren die dominierten Themen, doch gab es eine andere entscheidende Weichenstellung. Dieser Parteitag bestimmte mit einer klaren Mehrheit von 88 Prozent, den von der Parteilösung vorgelegten Programmwurf als Diskussionsgrundlage für die Programmdebatte. Damit wurden die Alternativentwürfe – allen voran der Gegenentwurf der Parteilinken um Winfried Wolf – abgeschmettert. In ihrer Rede griff Gabi Zimmer immer wieder auch Winfried Wolf direkt an, bezeichnete ihn als Hüter der linken Wahrheit, der sich gegen die Partei-Spitze profilieren wolle. Eine offene Debatte soll verhindert werden und die weitgehend kampagnenfähige Linke aus der Partei gedrängt werden.

Damit wird dem von der Parteiführung gewünschten Rechtsruck weiter Vorschub geleistet. Das von Zimmer geschriebene Papier setzt Sozialismus in weite Ferne.

René Henze, Rostock

unser standpunkt

Dieser Krieg wird nicht zu Frieden führen

Am 17. Oktober verfasste das CWI (Komitee für eine Arbeiterinternationale) eine Stellungnahme zum Krieg, die hier in Auszügen abgedruckt wird. Die ungekürzte Fassung ist unter www.worldsocialist-cwi.org zu erhalten

Während die Proteste gegen den Krieg weltweit zunehmen, sieht sich der US-Imperialismus mit wachsenden Problemen bei der Durchführung seines „Krieges gegen den Terrorismus“ konfrontiert. Unter den arabischen Massen hat der US-Imperialismus den „Propagandakrieg“ schon verloren.

Der Hass auf den Imperialismus ist das Resultat der entsetzlichen sozialen und ökonomischen Bedingungen, die in den Ländern der neokolonialen Welt existieren. Osama bin Laden und sein Netzwerk vertreten reaktionäre Ideen, dennoch verbinden viele Menschen in diesen Ländern mit ihm derzeit den Kampf gegen den westlichen Imperialismus und seinen Handlangern, den herrschenden Eliten in Saudi-Arabien und den anderen arabischen Staaten.

Es kommt an, wenn bin Laden erklärt: „Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat die USA überheblich werden lassen. Sie begannen, sich selbst als Weltherrscher zu sehen und etablierten ihre so genannte neue Weltordnung. Sie wollen unsere Länder okkupieren, unsere Ressourcen stehlen, uns ihre willfährigen Stellvertreter aufzwingen, um uns zu beherrschen (...) und sie wollen auch noch, dass wir all dem zustimmen.“

Terroristische Gruppen können solange Unterstützung finden, solange die Arbeiterbewegung nicht geschlossen den Kampf gegen das Profitsystem aufnimmt und mit einer sozialistischen Alternative verbindet.

Der US-Imperialismus steht im Moment vor einem großen Problem. Jegliche Hoffnungen auf einen kurzen Krieg haben sich zerschlagen. Es besteht die Gefahr, dass sich jetzt ein langwieriger Konflikt entwickelt. Innerhalb der US-Regierung und dem Militär gehen die Meinungen darüber, wie der Krieg zu führen sei, weit auseinander.

Aus Sicht der USA besteht ein reales Problem in der beschränkten Basis der Nordallianz, die sich weitgehend aus Tadschiken und Usbeken zusammensetzt und damit keinen Zugang zu der größten ethnischen Gruppe Afghanistans, den Paschtunen, hat. Die Macht eines Regimes, das sich nur auf eine solche begrenzte Basis stützen würde, könnte sehr schnell bröckeln und einen Bürgerkrieg heraufbeschwören. Es ist eine reale Möglichkeit, dass der Imperialismus Afghanistan in ein UNO-Protektorat umwandelt. Das würde jedoch eine noch viel kompliziertere Situation heraufbeschwören als in anderen Protektoraten, wie zum Beispiel in Bosnien.

Das Herannahen des islamischen Fastenmonats Ramadan und des Winters setzt die USA zeitlich mas-

siv unter Druck. Der Einsatz von Spezialeinheiten, US-amerikanische „Delta Forces“, wird wahrscheinlich nicht ausreichen, um bin Laden und die Schlüsselfiguren seines Netzwerkes zur Strecke zu bringen.

Mit zunehmender Dauer der Bombardements werden die Menschen in den muslimischen Ländern die Angriffe als einen „Krieg“ gegen sie selbst gerichtet sehen. Megawati, Präsidentin des größten muslimischen Landes – Indonesien, musste sich bereits für ein Ende der US-Bombardements aussprechen. Sogar Musharraf, Diktator in Pakistan, warnte US-Außenminister Powell mit den Worten: „Wahrscheinlich ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Operationen in Afghanistan.“

Die sich entwickelnde Krise Pakistans könnte in einen Bürgerkrieg und das Auseinanderbrechen des Landes münden. Indien befürchtet, dass in der Folge des Zusammenbruchs des Taliban-Regimes Tausende vertriebener Kämpfer nach Kaschmir gehen könnten, und dem dortigen islamischen Fundamentalismus Auftrieb geben würden. Sowohl (das hinduistische) Indien als auch (das muslimische) Pakistan verfügen über Atomwaffen, was die Dimension der Bedrohung aufzeigt, die entstehen könnte, wenn die Situation außer Kontrolle geraten sollte.

Das pro-westliche, theokratische und reaktionäre Regime in Saudi-Arabien sieht sich zunehmend von anti-westlichen, reaktionären, fundamentalistischen Kräften herausgefordert. Die Lage wird (laut dem Guardian vom 15.10.01) bereits mit der Irran der späten siebziger Jahre vor dem Sturz des Schah verglichen.

Der Versuch des US-Imperialismus, in Israel und Palästina den „Friedensprozess“ erneut in Gang zu bringen, zeigt nicht dessen Mitgefühl für das palästinensische Volk, sondern den Versuch, die internationale Koalition gegen die Taliban zusammenzuhalten. Schließlich wird es immer schwieriger, ein offenes Ausschließen der arabischen Staaten zu verhindern.

Die jüngsten Todesopfer unter den Hamas-Führern, umgebracht von israelischen Streitkräften, auf der einen Seite und das Attentat gegen den israelischen Tourismusminister auf der anderen Seite werfen ein Licht darauf, wie schwer es sein wird, diesen Prozess überhaupt anzufangen.

Der Balkan und Nordirland haben deutlich gemacht, dass nationale Unterdrückung und Konflikte nicht auf Grundlage des Kapitalismus gelöst werden können.

Im Nahen Osten und in den muslimischen Ländern führt kein Weg daran vorbei, eine unabhängige Bewegung der arbeitenden Bevölkerung und aller anderen ausgebeuteten Teile der Gesellschaft aufzubauen, die den Kampf gegen Kapitalismus und Großgrundbesitz aufnimmt. Nur auf dieser Grundlage können die nationalen und ethnischen Spannungen überwunden werden. Das kapitalistische System hat der Arbeiterklasse und den unterdrückten Massen in keinem Teil der Welt etwas anzubieten.

Neues Prostituiertengesetz Bessere Arbeitsbedingungen für Prostituierte?

Am 19. Oktober wurde im Bundestag ein neues Prostituiertengesetz beschlossen. Prostituierte und Callboys sollen laut diesem ab Januar 2002 gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit sozialversichert werden und einen Anspruch auf Rente erhalten. Zudem soll der Paragraph, der ein Verbot von Zuhälter festschrieb, gestrichen werden. Auch wenn die Nötigung von Prostituierten weiterhin strafbar bleibt, kommt diese Gesetzesänderung einer Legalisierung der Zuhälterei gleich.

Rot-Grün brüstet sich mit dieser Quasi-Anerkennung der Prostitution als Beruf als der neue Verfechter der Rechte von Prostituierten. Tatsache ist jedoch, dass die neue Rechtsgrundlage die Situation von Prostituierten nicht grundlegend verbessert. Zwar sollen Zuhälter als legale Arbeitgeber nur über ein eingeschränktes Weisungsrecht verfügen, so dass Prostituierte beispielsweise formal rechtlich bestimmte Sexualpraktiken verweigern können. Eine Einschränkung des Direktionsrechts wirft jedoch die Frage auf, wer die Kontrolle darüber hat. Eine angestellte Prostituierte, die sich weigert, eine bestimmte Praktik anzubieten, wird wohl kaum mit Verständnis ihres Zuhälters, sondern mit ihrer Kündigung zu rechnen haben.

Anspruch und Wirklichkeit

Fräglich ist außerdem, welche Prostituierte es sich überhaupt leisten kann, sich als Beschäftigte registrieren zu lassen, um einen Arbeitsvertrag zu bekommen. Der Großteil der Prostituierten sind Immigrantinnen, die meistens keine Aufenthaltsgenehmigung haben. Hinzu kommt, dass die realen Einkommen von Prostituierten in den letzten Jahrzehnten drastisch gesunken sind, und dass 50 Prozent der Frauen sogar weniger als 1.700 Mark monatlich verdienen. Viele können es sich einfach nicht leisten, Sozialversicherungsbeiträge in einer zwiespältigen prozentualen Höhe abzurufen. Außerdem: Welcher Zuhälter wird freiwillig Arbeitsverträge abschließen, die die Rechte der Frauen stärken, zum Beispiel ihren Lohn einzuklagen, und freiwillig zudem die Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge zahlen? Auch Friederike Strack von der Hurenorganisation „Hydra“ befürchtet, dass sich in der Praxis „nicht viele Arbeitgeber auf solche Arbeitsverträge einlassen werden“ (Berliner Zeitung vom 19.10.).

Frauenkörper als Ware

Während die halberzigte Anerkennung von Prostitution als Beruf keine wirkliche Verbesserung für die Frauen bedeutet, stellt die Legalisierung der Zuhälterei einen eindeutigen Rückschritt sowohl für die sich prostituierenden Frauen als auch für das Frauenbild in der Öffentlichkeit dar. Zwar wurde Zuhälterei auch während sie verboten war nicht wirksam verfolgt, weil der Staat kein wirkliches Interesse daran hatte.

Mit der Legalisierung wird jedoch auch in der Öffentlichkeit die Rolle des Zuhälters, der davon profitiert, dass Frauen ihren Körper als Ware verkaufen, gerechtfertigt und bestätigt. Dadurch wird die Position des Zuhälters gegenüber den Prostituierten gestärkt.

Letztendlich droht damit eine steigende Akzeptanz in der Öffentlichkeit für den immer größer werdenden Markt der Sexindustrie. So gibt es in Deutschland beispielsweise heute mehr Arbeiterinnen in der Sexbranche, als es Lehrerrinnen gibt.

Das passt genau in die „Frauenpolitik“ der Herrschenden. Gefördert wird allgemein schlecht bezahlte, flexibilisierte und „outgesourcete“ Arbeit im Dienstleistungsbereich. Dieser Bereiche ist wie die Prostitution „Frauendomäne“.

Wenn die rot-grüne Regierung es ernst meinen würde mit Verbesserungen für die Frauen, würde sie sich dafür einsetzen, dass die Polizeischikanen gegenüber Prostituierten verboten werden und dass die Frauen eine soziale Absicherung unabhängig vom Wohlwollen der Zuhälter bekommen würden.

Ausstiegprogramme, Umschulungsmöglichkeiten, eine kostenlose Gesundheitsversorgung und eine finanzielle Mindestabsicherung für die Frauen müssen deshalb staatlich garantiert sein. Auch eine staatlich garantierte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für Immigrantinnen würde einem Großteil der Frauen wirklich helfen.

Die neue Gesetzgebung enthielt auf Neue den Charakter des bürgerlichen Staats. In einer sozialistischen Gesellschaft wäre der Prostitution die gesellschaftliche Grundlage entzogen. Keine Frau wäre aus materiellen Gründen genötigt, ihren Körper zu verkaufen.

Lucy Redler, Hamburg

Bundeswehr Militarisierung im Äußeren und Inneren

„Nach dem 11. September wird nichts so bleiben, wie es war“, tönte es nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon seitens der bürgerlichen Medien. Am deutlichsten tat sich dabei mal wieder das Zentralorgan der deutschen Meinungsmacher, die BILD, hervor, die sich bemühte, mit ihrer Parole „Wir sind alle Amerikaner!“ die Unterstützung an der Heimatfront für die Militärschläge gegen Afghanistan zu sichern.

Eine folgte eine Welle von Verlautbarungen deutscher Politiker, die die Bevölkerung auf einen Kampf der westlichen „Zivilisation“ gegen die „barbarischen Islamisten“, einstellen wollten. Kaum eine Woche nach den Anschlägen wurde von Innenminister Schily ein erstes „Anti-Terror-Paket“ auf den Weg gebracht, das einen Generalangriff auf demokratische Grundrechte und Freiheiten des bürgerlichen „Rechtsstaats“ darstellt – bis hin zu Bundeswehreinsetzungen im Inneren und einer weiteren Aufrüstung. Flugs wurde auf internationaler

Ebene eine „Anti-Terror-Allianz“ zusammengebastelt, um den USA Rückendeckung für ihren Krieg gegen Afghanistan zu leisten. Eine Allianz, die so illustre Personen umfasst wie den pakistanischen Militärdiktator Pervez Musharraf, von dem gemunkelt wird, er unterhalte noch heimliche Kontakte zu den Taliban, sowie Tschetschenien-Schlichter Putin. Kanzler Schröder und Außenminister Fischer standen von Anfang an Geknecht bei Fuß. Dafür, dass Russland den Westen unterstützt, drückt man beim Massenord in Tschetschenien beide Augen noch fester zu – alles eine Frage der „Verhältnismäßigkeit“, so Schröder.

Kosovo, Makedonien...

Wir versuchen uns zu erinnern: Als Meldung, die kaum wahrgenommen wurde, erfuhr man, dass dem deutschen Generalstab die Leitung der NATO-Mission in Makedonien übertragen werde. Der deutsche Imperialismus kann sich freuen: Könnte die Bundeswehr sich schon in Kosovo austoben, kann Deutschland jetzt in Makedonien

mit einem größeren Militärkontingent schalten und walten, wie es will. Die USA stellen dagegen keine Truppen in Makedonien zur Verfügung.

Mit den Einsätzen im Kosovo 1999, in Makedonien 2001 und möglicherweise gegen Afghanistan im Rahmen des NATO-Beistandes, der am 19. September den Bundestag passiert hatte, soll die „Gunst der Stunde“ genutzt werden, einen Gewöhnungseffekt in Sachen Bundeswehreinsetzungen zu erreichen. Alles nur Etappen für das deutsche Kapital und ihre Generäle bei ihrem Ziel, den deutschen Imperialismus auf internationaler Ebene nicht nur wirtschaftlich, sondern endlich auch verstärkt militärisch ganz vom Mitspielen zu lassen.

KSK und Bundeswehr

Zwar wurde das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) auch schon im Rahmen von UNO/NATO-Missionen in Bosnien und im Kosovo unter Umgehung der Abstimmung darüber im Bundestag eingesetzt, aber nun scheint die Gefahr noch größer, dass deutsche Solda-

ten in der ein oder anderen Weise in einem sich über einen längeren Zeitraum erstreckenden Krieg wieder mit von der Partie sein könnten.

KSK-Kommandeur Brigadegeneral Reinhard Günzel signalisierte bereits, dass er „die Ergreifung bin Laden – ohne erhebliche eigene Verluste in Kauf zu nehmen – zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt so gut wie unmöglich“ halte (Interview Spiegel-online).

Auch wenn eine Beteiligung am Einmarsch der USA in Afghanistan mit einer großen deutschen Truppenstärke im Moment eher unwahrscheinlich ist, so deutet doch alles darauf hin, dass die Bundeswehr bereits in kurzer Zeit eine größere Rolle spielen wird – im Außen wie im Inneren. Für die „Verbesserung der Reaktionsfähigkeit“ wurden der Bundeswehr jedenfalls schon mal 1,5 Milliarden Mark aus dem Anti-Terror-Paket bewilligt. Was man hierzulande damit be-



SPD-Kriegsminister Scharping

zweckt, ist klar: Künftige optionelle Bewegungen unterdrücken (Demonstrationen, Streiks, Kasernenblockaden) und die Bundeswehr für weltweite Kriege unter deutscher Führung fit machen. Für SozialistInnen in Deutschland ist zweierlei wichtig: Erstens eine starke Bewegung gegen den Krieg mit aufbauen und eine Perspektive aufzeigen, wie Kriege ein für allemal verhindert werden können und zweitens „unsere eigenen“ Imperialisten, ihre Regierer und ihr Law-and-Order-Projekt bekämpfen.

Stefan Godau, Kiel

Ihr da oben ...



Lehrstellen = leere Versprechen

Bundesregierung und Unternehmer versprechen seit Jahren jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz. Aber jedes Jahr gehen Zehntausende von Jugendlichen bei der Suche nach einer Lehrstelle leer aus. Obwohl das Ausbildungsjahr 2001 längst begonnen hat, suchten im Oktober noch 135.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz.

Manche sind gleicher

Gegen Sozialhilfeempfänger wird der Druck immer mehr erhöht, eine regelrechte Hetzkampagne ist im Gange. Sie werden als „Sozialschmarotzer“ und „Drückeberger“ abgestempelt.

Durch organisierten Umsatzsteuerbetrug kassieren die Unternehmer vom Finanzamt jährlich 20 Milliarden Mark aus falschen Umsatzsteueranmeldungen. Das ist halb soviel, wie insgesamt in der BRD für Sozialhilfe ausgegeben wird. Eine öffentliche Kampagne gegen diese Steuerbetrüger, die die wirklichen Schmarotzer und Drückeberger sind? Fehlanzeige. Auch wenn alle vor dem Gesetz gleich sein sollen, manche sind halt doch gleicher.

Steiner

Mit der Wirtschaft geht es bergab, mit den Gehältern von deutschen Managern geht es weiter bergauf. Im vergangenen Jahr haben sie im Schnitt 4,2 Prozent mehr eingenommen. Ein Leitender Angestellter der ersten Führungsebene unterhalb der Geschäftsleitung „verdient“ mehr als 200.000 Mark, ein Teil aber auch bis zu 1 Million Mark, wie eine Studie der Kienbaum Management Consultants GmbH ergab (SZ vom 2.10.01).

Unerhört

Am 20. Mai stimmten in Düsseldorf in einem Bürgerentscheid 89,2 Prozent gegen den Verkauf der Stadtwerke. Der Bürgerentscheid wurde von ver.di mitorganisiert. Im Wortlaut hieß es im Bürgerentscheid allerdings nur, dass die Mehrheitsbeteiligung bei den Stadtwerken erhalten werden muss. Nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid beschloss die Stadtratsmehrheit den Verkauf von 49,9 Prozent der städtischen Anteile. Damit ist das eigentliche Anliegen der großen Mehrheit, der Privatisierung eine Abfuhr zu erteilen, nicht erhört worden.

Spitzenverdiener

„Die Idee ist, dass die Kollegen, die mit Arbeitgebern auf Augenhöhe verhandeln, in etwas das Gleiche verdienen wie ihre Verhandlungspartner“ (ver.di-Landesvorsitzende von Berlin, Susanne Stumpfenhausen, als Begründung für die Spitzengehälter der ver.di-Vorstände). Kommentar eines Personalrats in Köln dazu: „Unsere Vorstände sind schon so weit in Augenhöhe mit den Unternehmern, dass sie denken wie Unternehmer“.



... wir hier unten

Milzbranderreger Heimlich, still und tödlich

Nach den Anschlägen mit Milzbranderregern in den USA schüren die Medien eine regelrechte Hysterie und berichten über die Gefahr einer großflächigen Verseuchung mit biologischen Kampfstoffen durch terroristische Gruppen. Zum einen soll damit der Krieg gegen die afghanische Zivilbevölkerung sowie die innere Aufrüstung legitimiert werden, zum anderen will man damit von den Verantwortlichen für die weite Verbreitung von Biowaffen ablenken.

Seit Jahrzehnten wird in den USA Forschung zur Entwicklung chemischer und biologischer Kampfstoffe betrieben. Schon in den fünfziger Jahren wurden in einem Labor in Iowa Milzbranderreger aus einer toten Kuh isoliert. Von dort aus ist diese Milzbrand-Variante rund um den Globus verschickt worden. US-Behörden hatten bis 1997 genehmigt, dass Bakterien per Post an jeden versandt werden dürfen, der behauptete, Forscher zu sein. Amerikanische Institute lieferten in den achtziger Jahren Milzbranderreger in den Irak.

Staatliche Biowaffen-Programme

Die New York Times deckte Anfang September auf, dass Agenten des Pentagon Mitte der neunziger Jahre in der Wüste von Nevada eine geheime Produktionsstätte für Biowaffen („Projekt Bacchus“) aufbauten. Der CIA baute seit 1997 eine Bombe nach, die sowjetische Militärs entwickelt hatten, um Biowaffen als feine Nebel verstreuen zu können. Das deutsch-amerikanische Sunshine Project kritischer Wissenschaftler berichtet, dass das Pentagon besondere Raketen-sprengköpfe für biologische Waffen entwickeln ließ. Im Bundesstaat Ohio wurde mit einer Biowaffen-Bombe experimentiert, gleichzeitig liefen geheime Planungen zur genetischen Veränderung des Milzbranderregers. Laut Journalisten der New York Times hat das Pentagon zwischen 1980 und 1986 51 For-

schungsvorhaben zur Entwicklung neuer Erreger finanziert, sowie 23 Projekte, deren Ziel es war, bekannte Impfstoffe zu umgehen. Vor diesem Hintergrund wird klar, weshalb die US-Regierung am 25. August 2001 einen Vertrag über die internationale Kontrolle staatlicher Biowaffen-Programme im Rahmen der Biowaffen-Konvention ablehnte. Begründung des US-Vertreters bei der Konferenz in Genf: „Das geplante Überwachungsprotokoll gefährdet die nationale Sicherheit und die wirtschaftlichen Geheimhaltungsinteressen der Vereinigten Staaten.“

Profitsstreben

Ebenso klar wird, wie menschenverachtend dieses kapitalistische System ist. Seit Jahren ist in einigen Staaten ein riesiges Arsenal an chemischen und biologischen Waffen aufgebaut worden, wie zum Beispiel im Irak mit tatkräftiger Unterstützung der US-Regierung. Die Rüstungsindustrie, speziell die Bereiche Biotechnologie und Gentechnik haben sich dabei eine goldene Nase verdient. Auf der anderen Seite investieren die USA jetzt riesige Summen, um Gegenmittel wie spezielle Antibiotika durch die Pharma- und Gentechnikindustrie entwickeln zu lassen.

Im Moment streicht der Bayer-Konzern Extraprofite durch den Verkauf des Breitbandantibiotikums „Ciprobay“ in den USA ein. 14 Verbraucherschutzverbände reichten in den USA Klage gegen Bayer ein. Sie werfen dem Konzern vor, durch ein illegales Abkommen mit Herstellern von Generika den Preis künstlich hoch gehalten zu haben.

Dies zeigt einmal mehr, dass die Herrschenden, die Kapitalisten und ihre Vertreter in den jeweiligen Regierungen, für Profite über Leichen gehen. Nicht die Gesundheit und die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung stehen im Vordergrund, sondern die wirtschaftlichen und militärischen Interessen einer kleinen Minderheit.

Olaf van Aken, Aachen

Aktionsprogramm gegen den Krieg

Der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan hat weltweit zu Protesten von Hunderttausenden Menschen geführt. Nicht nur in der arabischen Welt gab es Massendemonstrationen, sondern es demonstrierten auch über 250.000 in Italien, jeweils 50.000 in London und Berlin und viele Zehntausende in verschiedenen europäischen und US-amerikanischen Städten. Die Antikriegsbewegung hat begonnen. Jetzt stellt sich die Frage: wie kann sie zu einer internationalen Massenbewegung gemacht werden, die den Krieg beenden kann?

Antikriegsbündnisse zusammenbringen!

In verschiedenen Städten haben sich bereits Bündnisse gegen den Krieg gegründet. Diese sollten alle Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die gegen den Krieg aktiv sein wollen, zusammenbringen, die verschiedenen Aktionen koordinieren und gemeinsam zu Demonstrationen mobilisieren. Dies müssen demokratische und offene Strukturen sein, in denen jede Gruppe die Möglichkeit hat, ihre weitestgehenden Vorstellungen darzustellen.

Antikriegsgruppen bilden!

Im Betrieb, Schule, Hochschule und Nachbarschaften, in Gewerkschaft, PDS und attac – überall, wo KriegsgegnerInnen zusammen kommen können – sollten Antikriegsgruppen gebildet werden. Diese sollten sich dann in den Antikriegsbündnissen zusammenschließen und gemeinsame Aktionen durchführen. Wenn diese Gruppen in ihrem Betätigungsfeld dauerhaft Gegeninformationen verbreiten und der Kriegspropaganda der Herrschenden eine Antikriegspropaganda entgegenzusetzen, werden sie immer mehr Menschen gegen den Krieg überzeugen können.

In Schulen, Hochschulen und Betrieben sollten Völl- bzw. Betriebsversammlungen durchgeführt werden, auf denen über den Krieg diskutiert werden kann.

Wöchentliche Kundgebungen durchführen!

Durch dauerhaften Druck gegen den Krieg auszuüben und einen Anlaufpunkt für alle anzubieten, die aktiv werden wollen, schlagen wir vor, regelmäßige wöchentliche Kundgebungen/Demonstrationen gegen den Krieg durchzuführen. Damit könnte an die Tradition wöchentlicher Kundgebungen während des Balkankriegs 1999 angeknüpft werden, die in Dutzenden Städten durchgeführt wurden.

Auf Tag X Nr. 2 und 3 vorbereiten!

Als besondere Mobilisierungspunkte für die Antikriegsbewegung sollten zwei – leider – zu erwartende Ereignisse betrachtet werden: Erstens die Entsendung deutscher Soldaten in den Krieg und zweitens der Angriff auf ein zweites Land, zum Beispiel den Irak. Diese Ereignisse werden die Bereitschaft, gegen den Krieg auf die Straße zu gehen, deutlich erhöhen. Es sollten unmittelbar danach Aktionen, wie SchülerInnen- und Studierendenstreiks und Großdemonstrationen durchgeführt werden.

Gewerkschaftsspitze Dampf machen!

Die Gewerkschaften haben das Potenzial, nicht nur Tausende, sondern Millionen gegen den Krieg auf die

Straße zu bringen. Durch Streiks können sie den Herrschenden auch ökonomisch einen entscheidenden Schlag versetzen. Letztlich wird das Schicksal der Antikriegsbewegung dadurch entschieden, ob es gelingt, die Lohnabhängigen und ihre Organisationen zu mobilisieren. Deshalb muss Druck auf die Gewerkschaftsführung ausgeübt werden.

Auf allen Ebenen sollte der Antrag „Gewerkschaften gegen Terror und Krieg“ (siehe Seite 4) in die Gremien eingebracht werden. Antikriegskomitees sollten gezielt an die Gewerkschaften herantreten und diese auffordern, sich massiv in die Antikriegsbewegung einzubringen.

Brückenschlag zur antikapitalistischen Bewegung!

Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung muss sich mit aller Kraft in die Antikriegsbewegung einbringen. Alle Gruppen von attac sollten zu den Protesten gegen den Krieg mobilisieren. In Berlin wurde eine attac-Arbeitsgruppe gegen Krieg ins Leben gerufen. Solche AGen sollten überall bei attac angestiftet werden. attac kann eine wichtige Rolle dabei spielen, die Bewegung zu vernetzen und aufzubauen. Eine intensive Teilnahme an der Antikriegsbewegung wird wiederum attac und die antikapitalistische Bewegung stärken.

Um diesen Brückenschlag zu erreichen stehen zwei wichtige Termine fest:

Aktionstage gegen die WTO am 9. und 10.11.2001

An diesen Tagen werden Gewerkschaften, attac und andere Kräfte der Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung internationale Aktionen gegen die wahrscheinlich in Katar stattfindende WTO-Tagung durchführen. Diese Aktionstage müssen auch zu Protesten gegen den Krieg werden, denn die Welthandels- und Weltwirtschaftsordnung, die unter anderem durch die WTO aufrecht erhalten wird, ist mitverantwortlich für Terror und Krieg.

Internationale Demonstrationen gegen den EU-Gipfel, Brüssel, 13.–15.12.

An diesen drei Tagen werden in Brüssel verschiedene Großdemonstrationen gegen den dort tagenden EU-Regierungsgipfel stattfinden. Die Demonstration am 14.12. sollte zur Hauptmobilisierung der antikapitalistischen Bewegung werden. Sie wird sich auch gegen den Krieg richten, denn die EU-Regierungen unterstützen den US-Kriegskurs aktiv.

Konferenzen gegen den Krieg organisieren

In allen Ländern sollten die Antikriegsbündnisse, Gewerkschaften, Gruppen der antikapitalistischen Bewegung und linke Parteien zusammen kommen und Konferenzen gegen den Krieg durchführen, die weitere nationale Demonstrationen und Aktionstage festlegen sollten. Davon ausgehend sollte eine internationale Konferenz gegen den Krieg durchgeführt werden, die dazu dienen kann, die Bewegung weltweit zu vernetzen.



Ver.di in der Krise

Für den Aufbau einer organisierten Opposition



Ver.di sollte die Krise der an der Fusion beteiligten Gewerkschaften überwinden. Bereits wenige Monate nach der Gründung stehen die Mitglieder vor einem Scherbenhaufen. Ende September hat der ver.di-Gewerkschaftsrat – oberstes Beschlussgremium zwischen den Bundeskongressen – den 84 höchsten hauptamtlichen Funktionären eine Gehaltserhöhung um bis zu 61 Prozent genehmigt. ver.di-Vorsitzender Bsirske verdient 27.000 Mark im Monat. Obendrauf kommt ein volles 13. Monatsgehalt. Ganz zu schweigen von den Aufsichtsratsposten, die auch noch jede Menge Schotter einbringen. Die ver.di-Spitzenfunktionäre finden das völlig normal. Sie haben kein schlechtes Gewissen, wenn ein Mitglied nur 3.000 Mark brutto verdient, davon 30 Mark Beitrag bezahlt, um den Reichtum der Gewerkschaftsspitze zu finanzieren, und seine Freizeit für gewerkschaftliches Engagement opfert. Nicht mehr normal finden das die Mitglieder. Und so gibt es breiten Protest bis hin zur Drohung, Mitgliedsbeiträge auf Sperrkonten einzuzahlen.

len, bis die Gehaltserhöhungen für die ver.di-Vorstände zurückgenommen werden. Viele Mitglieder, die sehen, dass durch ver.di nichts besser, sondern alles schlechter wird, treten einfach aus. Nach unterschiedlichen Angaben sind seit der ver.di-Gründung im März 150.000 bis 300.000 Mitglieder ausgetreten. Und dieser Trend wird sich noch weiter beschleunigen. Denn ver.di betreibt weiter Ausverkauf in Sachen Privatisierung, Spartenarbitravertrag, Zusatzversorgung und Tarifpolitik. Die ver.di-Spitze organisiert keinen Widerstand gegen den verbrecherischen Krieg gegen Afghanistan.

„Wenn die Führung versagt, geht die Verantwortung auf die Mitglieder über“. Dieser Satz des linken Gewerkschafters Viktor Agartz ist aktueller denn je. VORAN fordert deshalb alle in ver.di organisierten LeserInnen auf, den Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition in ver.di zu unterstützen. Nehmt teil am bundesweiten Treffen des Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di.

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di 11. bundesweites Treffen

Samstag, 24. November 2001 in Köln

Tagesordnung:

1. Krieg, Abbau demokratischer Rechte, Rezession, Sozialkürzungen, Zustand der Gewerkschaften. Unsere Aufgaben
2. Gesundheitswesen – Krankenhäuser
3. Spartenarbitravertrag – nein danke!
4. Betriebsratswahlen 2002
5. Berichte aus Betrieben & Bereichen
6. Organisatorisches zum weiteren Aufbau des Netzwerks

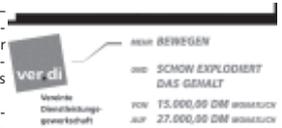
Nähere Infos unter:
netzwerk_kdoetv@gmx.de,
Tel.: Dieter Janßen 0172/ 9988405

12.300 ver.di-Mitglieder gegen Spitzenverdienste

Das Gesamtvolumen der Erhöhungen der 84 höchsten hauptamtlichen ver.di-Funktionäre beträgt 3,4 Millionen Mark jährlich. Dies entspricht – ausgehend von einem durchschnittlichen Monatsbeitrag von 23 Mark – den jährlichen Gewerkschaftsbeiträgen von 12.300 Mitgliedern. Daher sollen dem Gewerkschaftsrat Protestunterschriften von mindestens 12.300 Mitgliedern zukommen.

An den ver.di-Gewerkschaftsrat, Johannes-Brahms-Platz 1, 20355 Hamburg
Kopien an die Fax-Nr.: 03681/423482

Das wenig Klobig monatlich auf dem Konto?
Manchmal ist es ganz einfach, die Dinge zu verändern.
Info-Hotline: 0180-2222177
www.verdi.de



www.labournet.de/diskussion/ver-di/protest3u.html

Vierter Kongress der Gewerkschaftslinken Gegen die große Koalition der Kriegstreiber

Mehr als 200 Kolleginnen und Kollegen trafen sich Mitte Oktober im Stuttgarter Gewerkschaftshaus zum 4. Kongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Für die TeilnehmerInnen war es selbstverständlich, am zweiten Tag den Kongress vorzeitig zu beenden, um an der regionalen Antikriegsdemo teilzunehmen. Mit zur Demo aufgerufen hatte auch der ver.di-Bezirk Stuttgart, ein linker Bezirk, in dem Bernd Rixinger – auch führend in der Gewerkschaftslinken – Geschäftsführer ist.

Von Ursel Beck, Kölner Forum GewerkschafterInnen mit BISS

Seit dem letzten Treffen vor einem Jahr sind in Berlin, Köln, Düsseldorf und Hannover neue lokale Gruppen entstanden. Zum ersten Mal geht die Gewerkschaftslinken mit einer Erklärung in die bevorstehende Tarifrunde 2002. Das ist ein enormer Fortschritt. Zurecht knüpft die Erklärung am Erfolg der Piloten an: „Die Pilotenvereinigung Cockpit hatte bei der Aufstellung ihrer Forderungen die richtige Konsequenz gezogen und versucht, Verlust und Verzicht aus zehn Jahren auszugleichen. Es liegt an uns, in allen

anderen Branchen genauso vorzugehen. Wie bei den Piloten muss schon die Forderung für die Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder ein Signal sein: Ende der Bescheidenheit.“

Ob das mit der Formel „eine zweistellige Lohnforderung steht an“ umgesetzt wird, ist mehr als fraglich. Zumal sich aus den Aussagen der Verteidiger dieser Formel heraushehren ließ, dass damit wohl höchstens eine 10 vor dem Komma gemeint ist. Mehrere RednerInnen haben darauf hingewiesen, dass eine Festgeldforderung erhoben werden sollte. Im Gespräch waren 250 bis 300 Euro. Dieter Janßen vom Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di betonte, dass für den gesamten öffentlichen Dienst nach wie vor die Forderung nach einem Nachschlag beziehungsweise einer vorgezogenen Tarifrunde aktuell ist. Schließlich läuft der Tarifvertrag bis Oktober 2002.

Durchschnittslohn für Funktionäre

Empörung gab es über die Gehaltserhöhungen für die ver.di-Vorstände. Zwei Redner forderten unter starkem Beifall vieler Anwesenden die Begrenzung der Funktionärsgelöhner auf einen Durchschnittslohn. Sowohl in der Diskussion als auch in der Erklärung wurde darauf hingewiesen, dass die innergewerkschaftliche Demokratie auch für die Tarifaufeinandersetzung erkämpft werden muss: „Mitgliederbeteiligung statt Medien-Instrumentalisierung von oben! Demokratische innergewerkschaftliche Meinungsbildung über Forderungshöhe- und Struktur sowie Bewertung von Verhandlungsergebnissen.“ Ein Kollege erklärte, dass es keine Unterschrift unter einen Tarifvertrag geben darf ohne vorherige Zustimmung durch eine Urabstimmung in den Betrieben.

Teil der Antikriegsbewegung

Richtigerweise erkennt die Gewerkschaftslinken die durch den Krieg veränderten Rahmenbedingungen für die kommende Tarifrunde (siehe Kasten). Es reicht allerdings nicht aus, wenn die Gewerkschaften aufgefordert werden, „ihre Mitglieder im Bündnis mit der Friedensbewegung zu mobilisieren“. Mit Demos kann der Krieg nicht gestoppt werden. Arbeitsniederlegungen und Massenstreiks, wie es das Forum Kölner GewerkschafterInnen mit BISS fordert, sind notwendig.

Rezession

Außer durch den Krieg werden die Rahmenbedingungen für die Arbeiterklasse durch die Rezession verändert.



Leider gibt die Erklärung darauf keine Antwort. Die Rezession wird aber von Unternehmen und Gewerkschaftsführung genutzt werden, um Löhne erneut zu drücken. Wenn Kurzarbeit stattfindet, Arbeiter entlassen und Betriebe geschlossen werden, reicht es nicht, eine offensive Lohnrunde zu fordern. Die Gewerkschaftslinken muss auch beantworten, warum Lohnverzicht keine Arbeitsplätze rettet und wie Arbeitsplätze verteidigt werden können. Nämlich durch 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Überführung von Betrieben die entlassen, von Konzernen und Banken in Gemeineigentum, öffentliche Investitionsprogramme in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche. Rezession und Krieg stellen der Gewerkschaftslinken die dringende Aufgabe, eine Systemalternative zu präsentieren.

„Offenes Projekt“

Davon ist die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken weit entfernt. Sie versteht sich immer noch als „offenes Projekt“, als unverbindliche Vernetzung. „Linke“ im Apparat, die der Gewerkschaftsbürokratie näher stehen als der Basis, sollen offensichtlich durch diese Unverbindlichkeit bei Laune gehalten werden. Der Arbeitsausschuss, in den alle an der Initiative beteiligten Gruppen Vertreter entsenden, kann keine politischen Beschlüsse im Namen der Initiative fällen. Durch diese Unverbindlichkeit wird nur ein Bruchteil der Möglichkeiten genutzt, Einfluss in den Gewerkschaften aufzubauen.

Globaler Aktionstag gegen die WTO Gewerkschaftsbasis muss Einsatz der Kampfkraft erzwingen

Die antikapitalistische Bewegung hat erreicht, dass Gewerkschaftsführer weltweit zumindest verbal in Opposition gegen die neoliberale Globalisierung gehen. Unter dem Eindruck von 300.000 DemonstrantInnen gegen den G8-Gipfel fand in Genua ein Treffen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften statt. Dieser internationale Dachverband vertritt mehr als 156 Millionen ArbeiterInnen in 221 nationalen Gewerkschaften aus 148 Ländern. Bill Jordan, der Generalsekretär des internationalen Gewerkschaftsverbandes erklärte nach diesem Treffen: „Wir vertreten Hunderte von Millionen Menschen, die aufgehört haben zu glauben, dass Liberalisierung einen höheren Lebensstandard und mehr Beschäftigung bringt.“ Es wurde beschlossen, am Eröffnungstag der WTO-Konferenz in Katar am 9.11. einen globalen Aktionstag an den „Arbeitsplätzen der Welt“ zu organisieren. Allerdings wurde es den nationalen Gewerkschaften überlassen, welche Form dieser Aktionstag in den verschiedenen Ländern annimmt.

Der DGB und die Gewerkschaften in Deutschland mobilisieren nicht zu diesem Aktionstag. Die IG Metall bringt es fertig, in der Oktoberausgabe einen Artikel zu

Globalisierung mit erschreckenden Zahlen über Kinderarbeit zu bringen. Der Aktionstag wird mit keinem Wort erwähnt.

Dabei treffen sich die Herrschenden zu Beratungen über die Werte der „zivilisierten Welt“ in einem Staat, in dem es weder Wahlrecht noch Demonstrationsrecht gibt. Gewerkschaften sind verboten. Frauen werden wie Haustiere gehalten.

Auf der Tagesordnung der WTO-Konferenz in Katar steht das GATS-Abkommen. Mit diesem Abkommen soll weltweit die Privatisierung aller öffentlichen Dienstleistungen einschließlich Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung, durchgesetzt werden. Den Konzernen sollen somit weitere Profitquellen erschlossen werden.

Die Untätigkeit der Gewerkschaften im Kampf gegen neoliberale Liberalisierung muss von den AktivistInnen an der Basis und der Gewerkschaftslinken durchbrochen werden. Von außen muss Druck über attac und die antikapitalistische Bewegung insgesamt auf die Gewerkschaften ausgeübt werden. Die treibende Kraft der EU-Kommission in der WTO ist ein weiterer Grund, auf eine starke Mobilisierung der Gewerkschaften gegen den EU-Gipfel in Brüssel zu bestehen.

Verfahren gegen Manfred Engelhardt Dritte Kündigung zurückgewiesen

Im Kampf gegen die Entlassung von Manfred Engelhardt, dem Personalratsvorsitzenden des Studentenwerks Aachen, ist ein weiterer Sieg erkämpft worden.

Am 25. Oktober hat das Verwaltungsgericht in Aachen die mittlerweile dritte Kündigungsklage zurückgewiesen. Diesmal ging es um eine angebliche Verletzung der Verschwiegenheit.

Seit mehr als einem Jahr versucht die Geschäftsführung des Studentenwerks Manfred Engelhardt loszuwerden. Manfred Engelhardt organisiert seit Jahren mit den KollegInnen in Aachen und auch bundesweit konsequenten Widerstand gegen die Privatisierung der Studentenwerke, gegen Arbeitsplatzabbau und Flexibilisierung. Damit ist er immer ein Dorn im Auge der Landesregierung und der Geschäftsführung gewesen. In den letzten 13 Monaten musste er drei Kündigungsverfahren, ein Ausschlussverfahren aus dem Personalrat und mehrere Abmahnungsver-

fahren durchstehen. Auch andere Personalratsmitglieder wurden durch Abmahnungen und Versetzungen massiv unter Druck gesetzt. Durch die Solidarität der KollegInnen und StudentInnen ist die Geschäftsführung bisher mit ihren Schikanen nicht durchgekommen. Auch bei Mannis dritten Kündigungsverfahren, an dem sich über 50 KollegInnen, GewerkschaftsaktivistInnen, attac-Mitglieder und StudentInnen an einer Protestaktion vor dem Gerichtsgebäude und verfolgten anschließend den Prozess. Diese Solidarität ist weiter notwendig. Denn drei Berufungsverfahren sind noch anhängig. Und wenn die Geschäftsführung des Studentenwerks gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Sachen dritter Kündigung ebenfalls wieder in Berufung geht, stehen vier Verfahren auf der nächsten gerichtlichen Instanz bevor.

Conny Dahmen, Aachen

GewerkschafterInnen gegen den Krieg

„In der BRD haben die Gewerkschaften aufgerufen, fünf Minuten die Arbeit ruhen zu lassen, um den Opfern in den USA zu gedenken. Trauer um diese Opfer darf nicht missbraucht werden, anstehende Interessen der abhängig Beschäftigten zu vernebeln und nicht zu vertreten. Gewerkschaften müssen den Krieg nach außen und innen mit allen Mitteln abwehren. Wir erwarten und fordern, dass die Gewerkschaften Widerstand, Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und Massenstreiks organisieren

- gegen militärische Vergeltungsschläge und Kriege durch USA, NATO und Bundeswehr
- gegen den Aufbau von BRD-Eingreif-/Interventions-Truppen und weitere Aufrüstung
- gegen die Abwälzung der Kosten von Rüstung und Rezession auf die abhängig Beschäftigten
- gegen Abbau demokratischer und sozialer Rechte
- gegen weitere Umverteilung von unten nach oben
- gegen rassistische Übergriffe und Neo-Naziterror

Voller Text unter www.labournet.de/krieg/usa/koeln01.html

Voller Text unter:
www.labournet.de/GewLinke/tarpol/ag-tarpol4.html

Stoppt den Krieg –

Baut Antikriegs- komitees auf!

Berlin

5.000 beim Schülerstreik

Seit Wochen unterstützte die Berliner wi!-Gruppe die Vorbereitungen des Bündnisses „Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg“ auf den Schülerstreik am Tag X (dem Tag vom Kriegsbeginn). In dem Bündnis hatten sich inzwischen Schülerinnen und Schüler aus über 20 Berliner Schulen zusammengefunden.

Am 7. Oktober hörten wir dann von den schrecklichen Militärschlägen der USA gegen Afghanistan. Schon kurz danach stand unser Telefon nicht mehr still. Viele Schüler und Schülerinnen aus ganz

Berlin erkundigten sich nach dem Streik und fragten, wie sie helfen könnten. Die halbe Nacht verbrachten wir mit den letzten Vorbereitungen, Reden wurden geschrieben, Transparente und Schilder gemacht.

Montag morgen hieß es früh aufstehen. Wir stellten uns mit Flugblättern, Plakaten und Megaphonen vor die verschiedensten Schulen und riefen zum Schülerstreik auf.

Viele wussten davon und blieben gleich am Schultor stehen, um uns beim Flugblattverteilen zu helfen.

In einigen Schulen gingen wir während der Unterrichtsstunden in die Klassen und erklärten, warum wir streiken wollen. So zogen wir von einer Schule zur anderen und wurden immer mehr.

Treffpunkt war der Alexanderplatz. Nachdem es gegen 9 Uhr dort noch ruhig war, war um 11 Uhr die Hölle los: 5.000 Schülerinnen und Schüler aus ganz Berlin waren zum Streik gekommen. Leider mussten wir auch hören, dass Schülerinnen und Schüler des John-Lennon-Gymnasiums eingesperrt wurden. Allerdings ließen diese

sich das nicht gefallen, sie ließen den Direktor bei Seite stehen und kamen mit 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zur Auftaktkundgebung. Die Stimmung war kämpferisch, alle jubelten als eine Schülerin sagte: „Dies ist nicht unser Krieg – wir wollen diesen Krieg nicht, denn er bedeutet weitere unschuldige Opfer“.

Mit Sprechchören ging es dann auch auf zur US-Botschaft und weiter zum Außenministerium. Immer wieder gab es kämpferische Sprüche und Lieder gegen den Krieg. Viele Schülerinnen und Schüler wollten sich zum Krieg üben und hielten spontan Reden.

Doreen Ullrich



Rostock

Papp-Panzer & Lebensmittelpakete

Am Tag X organisierte widerstand international/ Jugend gegen Rassismus in Europa zusammen mit anderen linken Kräften eine Anti-Kriegs-Demo, zu der ungefähr 200 Leute kamen. Seitdem finden regelmäßige Mahnwachen statt, an denen auch wi!/JRE teilnimmt. Wir haben jede Woche freitags auf dem Rostocker Boulevard Kreuze und einen Grabstein mit der Aufschrift „Trauer um die Opfer des Kapitalismus“ aufgestellt. Mit einem Megaphon haben wir Leute an unser

Infotisch rangeholt, ihnen die Aktion erklärt und sie aufgefordert, sich bei wi!/JRE zu organisieren, um gemeinsam gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. Die Aktion war sehr erfolgreich, denn viele Passanten blieben immer wieder verwundert stehen, unterschrieben auf der Unterschriftenliste und kauften die wi!/JRE-Zeitung No Pasaran.

Für den Freitag, nachdem bekannt wurde, dass die ersten Bodentruppen in Afghanistan einmarschierten, hatten wir dann eine andere Idee. Wir haben einen Panzer gebastelt und auf den Boulevard Lebensmittelpakete geworfen, um das Verhalten der USA nachzustellen – getreu dem Motto: „Erst schlag ich dich und schenk dir dann ein Pflaster!“ Jede Person, die auch nur den Versuch machte, eines der Care-Pakete aufzuheben, wurde mit dem Panzer „erschossen“, falls sie nicht schon vorher tot war.



Auch diese Aktion war motivierend für uns und sicher auch für andere Kriegsgegner. Wir haben 32 No Pasaran's verkauft und insgesamt ein Finanzergebnis von 68,50 Mark in nur anderthalb Stunden gemacht.

Tini und Robert

Stuttgart

Wöchentliche Proteste gegen den Krieg

Am 8. Oktober gab es in Stuttgart eine Demonstration mit etwa 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, wi! hatte einen großen Anteil an der Demonstration und konnte sogar eine Rede halten.

Auf der Regionaldemonstration mit etwa 10.000 DemonstrantInnen am 13. Oktober organisierte wi! einen eigenen Block, der durch seine ständigen Sprechchöre und Reden auffiel.

Seit dem 18. Oktober führt wir nun wöchentliche Aktionen gegen

den Krieg durch. Bei der ersten Kundgebung waren wir anfangs etwa zwanzig wi!-Aktivistinnen und Aktivisten. Wir verteilten Flugblätter gegen den Krieg und hielten Reden. Schon nach wenigen Minuten blieben die ersten Passanten stehen. Später waren dann weit mehr als fünfzig Leute auf der Kundgebung.

Neben dem Krieg müssen wir außerdem gegen den Abriss einer Hall of Fame aktiv werden. Die Sprayer, Skater und anderen Ju-

gendlichen sollen einem Prestigeobjekt weichen. Am global action day am 10. November wurde wi! von ATTAC eingeladen, zum einen die Demonstration gegen Krieg und globalen Kapitalismus mit zu unterstützen, aber auch während des Protestes Bilder gegen den Abriss der Hall of Fame zu sprühen und wir werden außerdem eine Band organisieren, die die Sprayer unterstützt.

Ende November planen wir dann noch eine Aktion, um gegen den Abriss der Wände zu demonstrieren.

Davide

Bremen

Leichen aus Kreide in der City

Am Tag X gab es bei uns eine Demo mit etwa 1.500 TeilnehmerInnen, zu der auch wi! mobilisierte. Seitdem finden alle 2 Wochen Aktionen von wi! gegen den Krieg statt. So malten wir zum Beispiel

auf dem Marktplatz mit Kreide Leichen, die die Opfer in Afghanistan darstellen sollten. Damit fielen wir in der ganzen Stadt auf und kamen so ins Gespräch mit den Passanten. In den nächsten Wochen wird es

eine Schülerdemo gegen den Krieg geben, zu der wir mobilisieren.

Wir wollen außerdem die rassistische Rasterfahndung auseinandernehmen und planen dafür einen Parcours, den wir in der Innenstadt aufstellen und die Passanten durchqueren müssen.

Alex

Mach mit bei widerstand international – wi!

widerstand international – gegen die Diktatur der Banken und Konzerne! ist eine unabhängige Jugendorganisation. In mehr als zehn Städten wurden Gruppen gegründet. Im September diesen Jahres fand die Gründung von widerstand international statt.

Nach Göteborg mobilisierte widerstand international gegen den G7/8 Gipfel in Genua. Jetzt setzen wir uns aktiv gegen den Krieg in Afghanistan ein. In verschiedenen Städten haben wir den Anstoß zu Schülerprotesten gegeben. In Berlin konnte wi! sogar den Anstoß zur Gründung vom Komitee Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg geben, das einen Schülerstreik von 5.000 Leuten auf die Beine stellte.

wi! denkt, dass es notwendig ist, an den Schulen Schülerkomitees gegen den Krieg zu gründen. Darüber hinaus müssen Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Arbeitende und Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner gemeinsam gegen den Krieg auf die Straße gehen. Deshalb waren wir auch Teil der bundesweiten Demonstrationen gegen den Krieg am 13. Oktober in Berlin und Stuttgart.

wi! will aber noch mehr: wir will Diskussionen darum beginnen, wie die internationale antikapitalistische Bewegung weiter aufgebaut wird und wie sie international gegen globale Aufrüstung, Militarisierung und Kriege vorgehen kann. wi! denkt: die antikapitalistische Bewegung und die Antikriegsbewegung müssen ein und die selbe Ursache bekämpfen! Die Ursache für Kriege, Armut, Hungersnot, Umwelterstörung und Rassismus ist das kapitalistische Profitsystem. wi! will eine Diskussion innerhalb der antikapitalistischen Bewegung über Alternativen zum Kapitalismus anstoßen.

Bundesweite Gründungskonferenz von wi! Allein machen sie dich ein!

Vom 29. und 30. September fand in Kassel die Gründungskonferenz von widerstand international statt. 72 junge Leute aus 11 verschiedenen Städten, unter ihnen Mitglieder von wi!, der SAV, Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE Rostock, aber auch bisher nicht organisierte Jugendliche hatten sich zusammengefunden, um zu diskutieren und Erfahrungen auszutauschen. Unter den Gästen waren zudem Vertreter von der JungdemokratInnen/junge Linke und der Bundeschülervertretung.

Auf der Tagesordnung standen Diskussionen über Terror und Krieg, der Zusammenschluss von wi!-Gruppen aus zehn Orten zu einer bundesweiten Organisation, die Verabschiedung eines gemeinsamen Manifests und Planung zukünftiger Aktionen.

Die Konferenz stand im Zeichen der Anschläge vom 11. September und des drohenden Krieges.

wi! machte deutlich: Ein Krieg bedeutet weitere unschuldige Opfer und beendet nicht den Terror. Dafür müssen wir die tieferen Ursachen von Terror, die Auswirkungen des globalen Kapitalismus beseitigen. In diesem Sinne verabschiedete die Konferenz auch eine Stellungnahme gegen den Krieg.

In der Debatte über das zukünftige Programm von wi!

wurde deutlich gemacht, dass das kapitalistische System abgeschafft werden muss, und an die Stelle von Marktwirtschaft und Profitstreben eine Gesellschaft gehört, in der die Bedürfnisse von Mensch und Natur die Basis sind. Obwohl die breite Mehrheit der TeilnehmerInnen sich als SozialistInnen verstand und in einer sozialistischen Demokratie die Alternative zum kapitalistischen Wahnsinn sieht, gab es bei Einzelnen bedenken, ob der Begriff „Sozialismus“ heute nicht Jugendliche davor abschrecken könnte, bei wi! aktiv zu werden. Während Einigkeit darin bestand, sozialistische Forderungen wie die Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum und eine demokratische Planung der Wirtschaft aufzustellen, wurde die Diskussion über den „Sozialismus“-Begriff auf das nächste bundesweite wi!-Treffen vertagt.

Bei der Gründungskonferenz wurde außerdem ein SprecherInnenrat gewählt, dem als einer der ersten Aufträge mitgegeben wurde, das Manifest von wi! auszuformulieren.

Die Proteste gegen den EU-Gipfel in Brüssel im Dezember werden einer der Höhepunkte in diesem Jahr für wi! sein. Am Rande der Aktionen gegen den Gipfel wird es eine internationale Jugendkonferenz geben, an

der sich auch wi! beteiligen wird. Diese soll den Anfang für eine internationale Vernetzung von antikapitalistischen Jugendorganisationen darstellen.

Auf die Frage, warum es notwendig sei uns zusammenzuschließen meinte Lucy aus Hamburg: „Der Kapitalismus ist auch bundesweit und international organisiert.“ – Dagegen können wir nur vorgehen, wenn wir uns zusammen tun, eben-

falls bundesweit und international. Die Konferenz war dazu nur der erste Schritt.

Stefanie Ristau, Hamburg

Auf zur internationalen Jugendkonferenz

Kommt alle zur ersten europäischen antikapitalistischen Jugendkonferenz am Samstag, den 15. Dezember nach Brüssel. Am Besten, ihr kommt schon vorher, nehmt an den Demonstrationen gegen den EU-Gipfel teil und bleibt bis zur Konferenz. Dort werden verschiedene Jugendorganisationen aus ganz Europa zusammenkommen mit dem Ziel, eine internationale Organisation aus der Taufe zu heben und über grenzüberschreitende Aktionen und Kampagnen zu beraten.

Castor stoppen

WiderSetzen im Wendland

Ab dem 12. November droht zum zweiten mal in diesem Jahr ein Atomtransport ins Wendland. Das muss verhindert werden! Der Atomkonsens ist Nonsense. Seit März rollen ständig, fast jede Woche, Castortransporte zu den Plutoniumfabriken La Hague oder Sellafield, die infolge der „Wiederaufbereitung“ Flüsse, Meere und die ganze Natur verpestet. Den Herrschenden geht es nur darum, den ungehinderten Fortbetrieb der Atomkraftwerke selbst gegen den breitesten Widerstand aus der Jugend und der ArbeiterInnenklasse durchzusetzen. Um Konzernern wie Siemens und anderen weiterhin dicke Profite zu sichern. Rot-grün spielt braut mit.

Alternativen zur profitorientierten Stromwirtschaft sind möglich. Alternative Energieformen wie Sonnenkollektoren, Wind, Wasser, Biomasse, oder Geothermie das jetzige Stromaufkommen tausendfach abdecken – würden sie geplant eingesetzt. Aber das muss erkämpft werden. Ein erster Schritt sind die Proteste gegen den atomaren Müll, die in den nächsten Wochen im Wendland anstehen – wenn der Castor rollen soll. Konkret geplant sind Demonstrationen und eine große Sitzblockade unter dem Motto „WiderSetzen“, die von einem Bündnis aus x-tausendmal-quer, der Bürgerinitiative Umweltschutz, Anti-Castor-Gruppen und Einzelpersonen vorbereitet wird.

Großdemo: Samstag, 10.11. Lüneburg, 10⁰⁰, Treffpunkt Sülz wiesen und Regionaldemo in Karlsruhe Beginn 13 Uhr, Marktplatz Sonntag, 11.11.: Kundgebung in Splietau bei Dannenberg und Beginn der Aktion „WiderSetzen“ in Dannenberg

Wir fordern:

- ➔ Sofortige Stilllegung aller AKWs. Gleichwertige Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten
- ➔ Die hohen Rücklagen der Atomindustrie müssen für die Endlagerung eingesetzt werden
- ➔ Gemeinsamer Kampf von AtomkraftgegnerInnen, Gewerkschaften und den Beschäftigten im Energiebereich gegen die Liberalisierung der Stromwirtschaft und für den sofortigen Atomausstieg
- ➔ Alle Energiekonzerne sind zu enteignen und unter demokratische Kontrolle und Verwaltung zu nehmen
- ➔ Für ein öffentliches Investitionsprogramm zur Einsparung von Energie und für die Erforschung und den Einsatz regenerativer Energieformen



Naher Osten und Zentralasien



Nach dem Terroranschlag vom 11. September wurde von den Herrschenden in den USA und in den führenden kapitalistischen Staaten ein neues Schreckgespenst an die Wand gemalt: das Gespenst des islamischen Fundamentalismus. Angeblich wird die „freie Welt“ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Ostblocks, dem alten „Reich des Bösen“, von einem neuen „Reich des Bösen“ bedroht, diesmal von den AnhängerInnen des Dschihad („Heiliger Krieg“). Der Präsident der Vereinigten Staaten, George Bush, bemühte sogar den Vergleich zu den „Kreuzzügen“, als er die für den Westen jetzt anstehenden Aufgaben benannte. (Auf den Kreuzzügen im Mittelalter waren die westlichen Monarchien unter dem Deckmantel der „Verteidigung des christlichen Glaubens“ im arabischen Raum auf Beute gegangen und hatten eine Spur von Gewalt und Verwüstung hinterlassen – was seinerzeit schätzungsweise fünf Millionen Moslems, Juden und Christen das Leben kostete).

Es sind Armut, Hunger und Elend, die Menschen in die Arme von religiöser Fanatikern treiben. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den USA ist zehnmal so hoch wie zwischen Bangladesch und Marokko: In den USA liegt das Jahreseinkommen im Schnitt bei 34.260 US-Dollar, in den „islamischen“ Ländern bei 3.700 US-Dollar. Für Millionen von Menschen besteht das ganze Leben darin, tagen tagaus uns nackte Überleben kämpfen zu müssen. In Afghanistan erreicht nur jedes vierte Kind das fünfte Lebensjahr. Aber auch in einem Land wie Indonesien, (das weltweit die größte muslimische Nation zählt), und das lange Zeit als „Tigerstaat der zweiten Generation“ gehandelt wurde, hat sich die Zahl derjenigen, die in absoluter Armut dahintervegetieren müssen, seit der so genannten Südostasienkrise 1997/98 von 30 auf 60 Millionen verdoppelt.

Arm und Reich

Während im Zweiten Weltkrieg 54 Millionen Menschen ums Leben kamen, starben heute jährlich 52 Millionen an Hunger und seinen Folgen (Jean Ziegler, UN-Sonderbeauftragter für Ernährung). Die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt ist heute größer denn je. Lag die Einkommenslücke zwischen dem reichsten Fünftel der Weltbevölkerung und dem ärmsten Fünftel im Jahr 1990 bei 30 zu 1, so liegt sie mittlerweile bei 74:1 (11. Bericht der Bundesregierung zur Entwicklungs politik). Hinter den Reichen und Superreichen in den führenden Industrienationen steht die Macht der Banken und Großkonzerne. Von den 100 größten Wirtschaftseinheiten auf diesem Planeten sind 49 Nationalstaaten und 51 private Unternehmen.

Die Armut und Ausbeutung in den unterentwickelten Ländern von heute ist die Kolonialpolitik von gestern. Bis Ende des 19. Jahrhunderts wurden Asien, Afrika und Lateinamerika unter den kapitalistischen Staaten aufgeteilt – zur Plünderung der Bodenschätze und Rohstoffvorkommen, zur Auspressung billiger Arbeitskräfte und für den Zugang zu neuen Absatzmärkten. Mit dem Abschluss der territorialen Aufteilung der Welt, der Monopolisierung der Firmenwelt und der Schaffung von Finanzkapital aus der Verschmelzung von Bank- und Konzernkapital war ein neues Stadium im Kapitalismus erreicht – das Stadium des Imperialismus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es den Arbeiterrinnen und der verarmten Bauernschaft in der „Dritten Welt“ das Joch der Kolonialherrschaft abzuschütteln. Doch obwohl die politische Unabhängigkeit erreicht wurde, blieb die ökonomische Abhängigkeit bestehen. Eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung blieb den meisten unterentwickelten Ländern versagt. Bis heute sind die Wirtschaftsverhältnisse in vielen dieser Länder von Monokulturen gekennzeichnet. Die Preispolitik der führenden Industrienationen zwang die exkolonialen Welt dazu, ihre Rohstoffe zu verkaufen, um Fertigprodukte einzukaufen.

In der Ära der kapitalistischen Globalisierung und der



Pakistan: Laut einer Gallup-Umfrage vom 20. September stehen 62 Prozent der Bevölkerung in Opposition zu Musharafs Zusammenarbeit mit der Bush-Regierung. Am 21. September organisierten 35 islamische Gruppen einen landesweiten Proteststreik.

neoliberalen Offensive gerieten die unterdrückten Massen der „Dritten Welt“ noch fester in den Würgegriff des Imperialismus. In den achtziger Jahren flossen 670 Milliarden Dollar aus der „Dritten“ in die „Erste Welt“. Nach dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes spitzte sich die Ungleichheit weiter zu.

Aufstieg des islamischen Fundamentalismus

Zwischen Marokko und den Philippinen leben heute mehr als 1,2 Milliarden Moslems. Damit stellen sie ein Fünftel der Weltbevölkerung. In den letzten zwanzig Jahren konnten die fundamentalistischen Kräfte des Islam erheblich an Unterstützung gewinnen. Vor dem Hintergrund der iranischen Revolution 1979 entstand aus Sicht der radikalen Muslime unter Chomeini der erste „Gottesstaat“. Zehn Jahre später folgte die Machtergreifung extremistischer Islamisten im Sudan. Auch in Algerien hatte die Islamische Heilsfront (FIS) zum gleichen Zeitpunkt auf der Wahlzene die Hälfte der WählerInnen hinter sich. Da Regierung und Militär um ihre Macht fürchteten, griff der bürgerliche Staats-

apparat ein und verhängte ein Verbot gegen die FIS. 1993 intervenierte der US-Imperialismus militärisch in Somalia. Ein Faktor für ihr Eingreifen war die Angst davor, dass die islamischen Fundamentalisten beim Zerfall des Landes zu einem Anziehungspunkt werden könnten.

Auch in der Türkei konnte die islamistische Wohlfahrtspartei an Einfluss gewinnen und bei den Parlamentswahlen im Dezember 1995 mehr als 20 Prozent der Stimmen holen. Mit Erbakan gelang es ihnen vorübergehend, den Posten des Ministerpräsidenten zu besetzen.

Mit dem Krieg gegen Afghanistan und der rassistischen Hetze gegen die arabische Welt schütteten USA und NATO Öl ins Feuer des Krieges während des Fastenmonats Ramadan fortgesetzt werden, wird die Empörung noch steigen. Auch wenn es gelingen sollte, die Taliban zu Fall zu bringen, drohen neue islamistische Regimes in Zentralasien und im Nahen Osten. Erster Kandidat ist Pakistan. Die 1999 an die Macht gelangten Generäle unter Musharraf stehen mit dem Rücken zur Wand. Das Land ist bankrott. Das jährliche Durchschnittseinkommen beträgt keine 1.000 Mark. In einer Gallup-Umfrage vom 15. Oktober äußerten 83 Prozent Sympathien gegenüber der Taliban. Die verschiedenen islamischen Gruppen zählen 700.000 bewaffnete AktivistenInnen. Ein islamisch-fundamentalistisches Regime in einem Land von 140 Millionen Menschen, noch dazu im Besitz von Atomwaffen, würde die Instabilität in der gesamten Region und auf Weltbene erhöhen und könnte sogar einen neuen Krieg zwischen Pakistan und der Atommacht Indien, deren Regierung von der nationalistisch-hinduistischen Partei BJP geführt wird, heraufbeschören.

In Saudi-Arabien ist der Sturz von König Fahd und die Ablösung des islamischen Regimes durch eine radikalere Variante des islamischen Fundamentalismus nicht ausgeschlossen. Damit würden die extremistischen Muslime auf einen Schlag die Kontrolle über 25 Prozent der weltweiten Erdölreserven ausüben.

Bangladesh war das erste islamische Land, in dem nach dem 11. September gewählt wurde. Die nationalistische BNP unter ihrer Führerin Khaleda Zia, die sich mit den islamistischen Parteien offen verbündete, gelang Anfang Oktober ein erdrechtswahlergebnis.

Auch in Israel und Palästina sammeln die Fundamentalisten Punkte. Am 8. Oktober konnte die islamistische Palästinaorganisation Hamas in Gaza-Stadt Tausende von Studierenden zu einem Marsch gegen die US-Bombenangriffe auf Afghanistan mobilisieren. Inspiriert von ihm Bin Ladens Ausspruch: „Amerika wird solange nicht in Frieden leben, solange kein Frieden in Palästina herrscht.“

Stellenwert der Religion

Die Religion des Islam („Ergebung in Gottes Willen“), die auf den Propheten Mohammed zwischen 610 und 632 in Mekka und Medina zurückzuführen ist, stellt von Nordafrika bis Südostasien eine reale Kraft dar. Aber auch die muslimische Diaspora in Westeuropa zählt inzwischen 12,5 Millionen AnhängerInnen. Allein in Deutschland leben heute 3,2 Millionen Moslems. Will man die Frage nach dem Zulauf für die Fundamentalisten beantworten, dann ist die Auseinandersetzung mit der Religion des Islam zwar nicht unerheblich, letztendlich sind aber die sozialen Verhältnisse ausschlaggebend.

Bei der fundamentalistischen Deutung handelt es sich jedenfalls nicht um eine Besonderheit des Islam. Anfang der Neunziger hatte der französische Soziologe Gilles Kepel in seinem Buch „Die Rache Gottes“ darauf hingewiesen, dass religiöse Extremisten nicht nur unter Muslimen, sondern auch unter Christen und Juden wieder auf dem Vormarsch sind. In Indien zum Beispiel organisierte die chauvinistische hinduistische Regierungspartei BJP unlängst antimuslimische Pogrome in Bombay, bei denen Tausende niedergemetzelt wurden.

Was in der arabischen Welt bis heute mit dem Islam verbunden wird, ist die Tatsache, dass unter Mohammed Schritte in Richtung Einigung der verschiedenen Stämme zu einer Nation gemacht wurden. In den folgenden Jahrhunderten wurde der Orient weniger von Seuchen und Hungersnöten gebeutelt als das – christliche – Europa. In dieser Zeit entstanden sogar öffentliche Krankenhäuser und Bibliotheken. Entwicklungen, die offenkundig nicht auf den islamischen Glauben zurückzuführen sind, allerdings heute noch von vielen Muslimen so gesehen werden.

Mit dem Streben nach einer radikalen Verwirklichung der Grundlagen des Islam geht die Ablehnung aller westlicher Einflüsse einher. Hinter der antiwestlichen Einstellung verbirgt sich im Kern eine antiimperialistische Einstellung. Schließlich wurde der Nahe Osten, das Kernland des Islam, von den westlichen Großmächten kolonialisiert und zersplittert. In Ägypten wurde 1928 unter dem Islamisten Hassan al-Banna die Muslimbruderschaft gegründet, die bald Hunderttausende AnhängerInnen zählte und den Kampf gegen die „modernen Kreuzfahrer“, die französischen und britischen Kolonialherren, aufnehmen wollte.

Der Krieg, den die USA und die NATO gegen Afghanistan führen, wird keine Ära von Frieden und Freiheit einleiten, sondern die Grundlagen für weitere Kriege schaffen. Der Krieg wird den Terrorismus nicht schwächen, sondern stärken. Für jede Bombe, die in Zentralasien abgeworfen wird unter dem Vorwand, bin Laden zu treffen, werden sich Hunderte und Tausende bin Laden zuwenden. Die Spirale von Krieg, Terror und Gewalt wird sich weiter und in erhöhtem Tempo drehen.

Die wachsende Unterstützung für den islamischen Fundamentalismus ist die Reaktion auf die jahrzehntelange imperialistische Ausbeutung im Nahen Osten und in Zentralasien. Sie resultiert aber auch aus der fatalen Politik der Kommunistischen Parteien, die in mehreren Ländern eine Massenbasis besaßen, und der heutigen Schwäche revolutionär-sozialistischer Organisationen in der Region.

Von Aron Amm, SAV-Bundesleitung

In den letzten fünfzig Jahren dominierte der US-amerikanische Imperialismus die Region. Mit der Schaffung des Staates Israel hatte er sich nach dem Zweiten Weltkrieg einen Brückenkopf gebaut. Die Sprache des Koran bietet das entsprechende Vokabular gegen den „großen Satan“ USA. Vordergründig scheint die antiwestliche Rhetorik mit sozialen Anliegen gepaart zu sein, enthält der Koran doch auch eine Verpflichtung der Reichen, den „Zakat“, den „Zehnten“ abzugeben.

Karl Marx bezeichnete die Religion einmal als den „Seufzer der bedrückten Kreatur“. Mangels einer „Erlösung“ vom sozialen Elend wird auf eine Erlösung auf geistlichem Wege gehofft. Ermöglicht werden soll diese Erlösung in den Augen der radikalen Muslime über die Schaffung eines Gottesstaates (für den einzigen Gott „Allah“), in dem das islamische Recht „Scharia“ durchgesetzt ist.

Der islamische Fundamentalismus ist durch und durch reaktionär. Die Einführung der islamistischen Gesetze gipfelt in der kompletten Entrechtung aller Frauen. Angefangen mit einer vorgeschriebenen Kleiderordnung, in der das Schleiertragen Pflicht ist, über ein weitgehendes Arbeitsverbot bis hin zum systematischen Ausschluss aus dem öffentlichen Leben.

Es wäre jedoch unzulänglich, die ganze Bewegung der Fundamentalisten über einen Kamm zu scheren. Schließlich repräsentiert die Bewegung grundlegend verschiedene soziale Interessen – Klasseninteressen. Auf der einen Seite Diktatoren, Stammesführer und Milliardäre wie ein gewisser Osama Bin Laden, auf der anderen Seite die unterdrückten Massen. Darum sind die Revolten und Aufstände „im Namen Allahs“ in verzeherter Form Teil der Befreiungsbewegungen der (ex-)kolonialen Welt.

Stützen kann sich der islamische Fundamentalismus in erster Linie auf die verarmte und verzweifelte Jugend in den Vororten der Großstädte und auf die soziale Klasse des Kleinbürgertums, auf Händler oder Handwerker, die ihre traditionelle ökonomische Basis, den „Basar“, durch den Vormarsch der (westlichen) Kapitalisten bedroht sehen. Die treibende Kraft der Islamisten sind aber die Jugendlichen, die ohne jede Aussicht auf Arbeit und Zukunft nichts mehr zu verlieren haben. Sie sind in den letzten Jahren zahlenmäßig enorm angewachsen. So machen die unter 25jährigen im Iran die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus.

In den Koranschulen der Taliban wurden Zehntausende Kinder und Jugendliche der Flüchtlingslager nicht nur mit dem Islam in Kontakt gebracht, sondern mit Bildung überhaupt. „Sie hatten weder eine Vergangenheit noch Pläne für die Zukunft – nur die Gegenwart zählte. Sie waren kriegerisch im klassischen Sinn: entwurzelt, rast- und arbeitslos, arm und ohne jede Kenntnisse. Ihnen gefiel der Krieg, da er möglicherweise die einzige Beschäftigung war, der sie sich anpassen konnten. Ihr schlechter Glaube an einen messianischen, puritanischen Islam, eingerichtet von einfachen Dorfmuftis, war ihr einziger Halt und gab ihrem Leben eine gewisse Bedeutung. Ohne Ausbildung und ohne Kenntnis traditioneller Beschäftigungen wie Ackerbau, Viehzucht oder Handwerkskunst waren sie, was Karl Marx Lumpenproletariat nannte“ (Ahmed Rashid in seinem Buch „Taliban. Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad“).

Aufgebaut wurde die Bewegung des islamischen Fundamentalismus von den einheimischen Machthabern als Gegengewicht zu sozialen Bewegungen. In Algerien wirkten die Islamisten zum Beispiel während der Lebensmittelunruhen von 1988 mäßigend auf die Aufstände ein. Darüber hinaus griffen auch die führenden kapitalistischen Staaten diesen Kräfte als Ventil für soziale Unzufriedenheit unter die Arme.

Warum dann aber dieser Kurswechsel heute? Warum wurden die Fundamentalisten inzwischen von Vertretern des Weißen Hauses schon als „neue Hitler“ gebrandmarkt? Weil der Imperialismus keine Kontrolle über diese Kräfte und Regimes hat und vor allem in der radikalisierten Massenbewegung von unten eine Bedrohung sieht. Vor diesem Hintergrund befürchten sie eine weitere Destabilisierung im arabischen Raum, die ihre ökonomischen und strategischen Ziele gefährdet.

Stalinismus

Auch wenn ein direkter Zusammenhang zwischen dem Absinken der Lebens- und Arbeitsverhältnisse auf der einen Seite und dem Aufstieg des islamischen Fundamentalismus auf der anderen Seite besteht, ist die wachsende Unterstützung für religiöse Fanatiker keine zwangsläufige Entwicklung. Der Zulauf für Hamas, Hisbollah, Islamischer Dschihad oder Al Qaida ist die Folge des Scheiterns sozialer Bewegungen gegen die unerträglichen Lebens- beziehungsweise Sterbedeingungen im arabischen Raum. Die letzten Jahrzehnte waren nicht nur geprägt von Kriegen und Bürgerkriegen, sondern auch von Revolutionen und Konterrevolutionen, von Streiks, Aufständen und Kämpfen der ArbeiterInnen, Bauern und Jugendlichen.

Die Sowjetunion besaß in den unterentwickelten Ländern große Ausstrahlungskraft. Denn dank der Überlegenheit ihrer geplanten Wirtschaft gegenüber der kapital-

Befreiung islamisch



istischen Anarchie konnte der Lebensstandard drastisch angehoben werden. Und das trotz aller bürokratischen Fesseln, die nach der Stalinisierung Mitte der zwanziger Jahre existierten. Das verhalf Moskau zu Masseneinfluss in diesen Ländern, nicht zuletzt im Nahen Osten und in Zentralasien. Und das mit verheerenden Folgen für den Ausgang revolutionärer Kämpfe.

Da Stalin und die UdSSR zwischen 1941 und 1945 Kriegsverbündete des britischen Imperialismus waren, machten sie auf die Kommunistischen Parteien in der Region ihren ganzen Einfluss geltend, die arabische Befreiungsbewegung systematisch zu sabotieren. Den arabischen ArbeiterInnen und Bauern sollte die Kollaboration mit den eigenen Kolonialherren aufgezwungen werden. Dank seiner Erfahrung mit stalinistischer Politik wandten sich viele Befreiungsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg bürgerlichen Nationalisten zu.

Trotz dieser Diskreditierung bot sich in mehreren Ländern noch bis in die siebziger Jahre hinein wiederholt die Gelegenheit für die dortigen Kommunistischen Parteien, die unterdrückten Massen an die Macht zu bringen. Diese erneuten Gelegenheiten führten jedoch nur zu neuen Tragödien.

Im Sudan hatte die Kommunistische Partei in den sechziger Jahren 1 Million Mitglieder – in einem Land von 14 Millionen Menschen. Fatalerweise unterstützte die Führung der Partei 1969 die militärische Machtübernahme unter der Leitung des Generals Numeiri. Nachdem Numeiri seine Herrschaft gefestigt hatte, ließ er die führenden AktivistenInnen der Gewerkschaften und der KP inhaftieren. Viele von ihnen wurden unmittelbar im Anschluss daran hingerichtet.

Etappentheorie

Das Maß aller Dinge in der Außenpolitik der Sowjetunion war die konsequente Umsetzung der Interessen des Kreml in der Innenpolitik. Da die Bürokraten im Kreml in erster Linie um die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft bemüht waren, ging es ihnen um stabile Verhältnisse auf internationaler Ebene. Eine erfolgreiche revolutionäre Bewegung in irgendeinem anderen Land, die zur Bildung von Räten und einer demokratischen Einbeziehung aller in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse in einer geplanten Wirtschaft geführt

Die SAV fordert:

- Sofortiger Stopp der US/NATO-Militärschläge
- Stopp aller Waffenexporte
- Statt weltweit Milliarden für Rüstung, Milliarden für Elend
- Ausbeutung und Unterdrückung sind die tiefere Ursache des Elends
- Schluss mit der Diktatur der Banken und Konzerne. Übernehmen der Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung!
- Für die internationale Solidarität der arbeitenden und unterdrückten Massen, gegen Terror und Krieg
- Für den Aufbau einer politischen Alternative zu Bush, sozialistische Arbeiterparteien international! Für den Aufbau der ArbeiterInnen und Jugendlichen!
- Schluss mit dem Embargo gegen das irakische Volk!
- Nieder mit dem diktatorischen Regime im Nahen Osten. Schluss mit der Unterdrückung der palästinensischen Massen erreichen. Für den Aufbau neuer sozialistischer Massen erreichen.
- Schluss mit der Unterdrückung des palästinensischen Völker. Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker
- Für ein sozialistisches Israel und ein sozialistisches P

Revolutionen und islamischer Fundamentalismus



hätte ihre eigene Diktatur in der UdSSR direkt in Frage gestellt. Ausgehend von der 1924 durch Stalin künstlich geschaffenen „Theorie vom Sozialismus in einem Land“ wurde international die Notwendigkeit von zwei Etappen auf dem Weg zum „Sozialismus“ verkündet: Auf den Sturz eines rückständigen halbfeudalen Regimes sollte zunächst eine erste Etappe bürgerlich-demokratischer Herrschaft folgen, und sehr viel später, in ferner Zukunft, eine zweite „sozialistische“ Etappe. Es ist unumstritten, dass in den halbfeudalen Staaten der (ex-)kolonialen Welt zuallererst die Aufgaben der bürgerlichen Revolution anstehen: Landreform, Schaffung eines Nationalstaates, Überwindung der feudalen Hindernisse einer wirtschaftlichen Entwicklung (Kleinrentnerverbände mit einer Vielzahl von Zollschränken etc.). Aber spätestens die russische Revolution von 1917 hatte bewiesen, dass die Kapitalisten in den unterentwickelten Ländern die Bühne der Geschichte zu spät betreten haben, und auf Grund ihrer Verflechtung mit dem Großgrundbesitz (vielfach in Personalunion) unfähig sind, die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu lösen. Dazu ist nur die Arbeiterklasse mit der Unterstützung der Bauernschaft in der Lage. Die Arbeiterklasse kann jedoch nicht bei den bürgerlich-demokratischen Aufgaben stehen bleiben, sondern muss sofort weitergehen zu den Aufgaben der sozialistischen Revolution. Dies ist im Kern die Theorie der Permanenten Revolution, die der russische Revolutionär Leo Trotzki bereits unter dem Eindruck der russischen Revolution von 1905 entwickelt hatte und die 1917 die Unterstützung von Lenin und den russischen Revolutionären, den Bolschewiki, fand.

Trotz der Außenpolitik Moskaus gingen die Prozesse in einzelnen Ländern weiter, als es der Kreml-Bürokratie lieb war. In Syrien, Birma oder Süd-Jemen wurden Staaten nach dem Vorbild der UdSSR errichtet, allerdings in diesen Fällen von Anfang an deformierte Arbeiterstaaten.

Iranische Revolution

Die gleichen Fehler, die die KP-Spitze im Sudan beging, wurden auch im Iran gemacht. Jahrelang war das Regime des Schah ein Schützling des US-Imperialismus. Trotz Kriegsrecht konnte

1977 eine Streikbewegung entstehen, die über ein Jahr lang anhielt und in den Aufstand vom Frühjahr 1979 mündete. Das Rückgrat der revolutionären Kämpfe bildeten Hunderttausende von streikenden Öl- und ChemiearbeiterInnen. Statt die Alternative einer sozialistischen Demokratie zu propagieren, und dafür einzutreten, dass die Streikorgane in Zentren des Machtkampfes umgewandelt werden, schürte die Tudeh-Partei nicht nur Illusionen in bürgerliche Politiker, sondern auch in die Mullahs. Den Anhängern Chomeinis kam zu gute, dass die Moscheen in der Zeit der Verfolgung und Unterdrückung aller oppositioneller Tätigkeit unter dem Schah zu den wenigen Plätzen gehörten, in denen Unzufriedenheit artikuliert werden konnte. Die Mullahs waren vor allem deshalb mit dem Schah in Konflikt geraten, weil der Schah nicht davor halt machte, Eigentum der Kirchenhäuser zu konfiszieren. Dazu kamen die Verbindungen zwischen den Mullahs und den Basarhändlern, für die die seitens des Schah betriebene Öffnung des Landes für das Auslandskapital eine reale Bedrohung bedeutete.

Die revolutionären Kämpfe der Industriearbeiter zwangen das Regime 1979, Banken, Versicherungen und große Teile der Wirtschaft zu verstaatlichen. Chomeini sah sich Fabrikbesetzungen und der Flucht vieler Unternehmer ins Ausland gegenüber. Aber schon sehr bald wurde die Leitung der Betriebe an Geistliche übertragen, die islamisch-republikanischen Garden wurden zur Unterdrückung linker Oppositioneller eingesetzt. 1983 wurde die einzige legale Partei der Arbeiterbewegung, die Tudeh-Partei, verboten und ihre führenden AktivistInnen in die Gefängnisse gesteckt.

PLO

Maßgeblich für die verzweifelte Hinwendung unterdrückter Schichten zum islamischen Fundamentalismus war nicht allein der Verrat der Kommunistischen Parteien, sondern ebenso die Sackgasse, in die sie unter der Leitung von radikalen bürgerlichen Nationalisten gerieten. So richteten sich zum Beispiel lange Zeit große Erwartungen in die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), die 1964 unter Jassir Arafat ins Leben gerufen worden war. Tragischerweise trug die PLO-Führung zu keinem Zeitpunkt dazu bei, Ansätze für revolutionäre Massenkämpfe aufzugreifen und zum Erfolg zu verhelfen. Millionen PalästinenserInnen waren seit der Bildung des Staates Israel verfolgt und vertrieben worden. Mehr als einmal bot sich in verschiedenen „Gastländern“ die Gelegenheit zur Erhebung und zur Machtergreifung. Obwohl die PalästinenserInnen in Jordanien die Mehrheit stellen und ein Sturz der verhassten Monarchie Ende der sechziger Jahre zum Greifen nah war, arbeitete die PLO-Spitze gegen jede Verbrüderungstendenz zwischen den vertriebenen PalästinenserInnen und den arabischen Massen. Seitens der PLO wurde sowohl 1969/70 in Jordanien, als auch wenige Jahre später, 1976, im Libanon eine Revolution verhindert. In beiden Fällen endete die Niederlage in Massakern an den palästinensischen Flüchtlingen, die von der jordanischen sowie der syrischen Armee verübt wurden.

Ganz gleich, ob die PLO auf den individuellen Terrorismus oder auf diplomatische Taktierungen setzte, beiden Linien gemein war ihre grundlegende Abneigung davor, einen Brückenschlag zu der jüdischen Arbeiterklasse zu suchen.

Demgegenüber stellen die Intifada (Aufstand) von 1987 bis 1993 sowie die vor einem Jahr begonnene neue Intifada einschneidende Entwicklungen dar, weil sie wichtige Schritte in Richtung Massenaktionen taten. Dennoch ist ein gemeinsamer Kampf von palästinensischen und israelisch-jüdischen ArbeiterInnen und der verarmten Landbevölkerung immer noch in weiter Ferne. Das Verhelf der reaktionären islamisch-fundamentalistischen Hamas fatalerweise zum Aufstieg.

Die Geister, die sie riefen...

„Osama Bin Laden ist das amerikanische Familiengemini, der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten“, so die indische Schriftstellerin Arundhati Roy. In der Tat wurden bin Laden und die Taliban vom US-Imperialismus stark gemacht und bekamen in den Achtzigern vier bis fünf Millionen US-Dollar Hilfgelder.

Nachdem sich 1978 in Afghanistan ein pro-sovietisches Regime an die Macht putschte und 1979 Truppen der UdSSR einmarschierten, organisierten die westlichen Kapitalisten und ihre Regierungsvertreter eine antikommunistische Kampagne nach der Devise: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“

Bekanntlich erhielt auch Hussein im Golfkrieg der achtziger Jahre von den USA finanzielle und militärische Hilfen, als es gegen Chomeinis Iran ging. Damals sah der US-Imperialismus auch über die Kurdenverfolgung und den Einsatz von Giftgas beim Angriff auf den kurdischen Ort Halabja 1988 hinweg, der seinerzeit 5.000 Menschen das Leben kostete. „Er ist ein Bastard, o.k.! Aber er ist unser Bastard“, ließ damals ein Sprecher des US-Außenministeriums verlaublich.

Die Lösung von Bush, Cheney und Co. nach „grenzenloser Gerechtigkeit“ ist grenzenloser Unsinn. Wenn die USA ihre Kriegsziele erreichen sollten, dann werden sie das Taliban-Regime durch ein anderes reaktionäres, aber dem Imperialismus freundlich eingestelltes Regime ersetzen. Die von den USA aufgebaute Bande der



In der iranischen Revolution 1979 waren die Arbeiter (Bild oben) lange Zeit eine der treibenden Kräfte. Gefordert wurden kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaub und höhere Löhne. Forderungen, die im damaligen Iran an die Grenzen des kapitalistischen Systems stießen – und die Unterdrückten auf die Barrikaden trieben (Bild links). Vor Chomeinis Machteroberung engagierten sich auch die Frauen aktiv (Bild rechts)

Nordallianz ist nichts anderes als eine Bande von Verbrechern – unter ihnen selber islamische Fundamentalisten.

Da die Nordallianz keine Basis bei der größten ethnischen Gruppe, den Paschtunen hat, sondern nur bei den ethnischen Minderheiten (Usbeken, Tadschiken und Harara), ließ die „freie Welt“ ein Bündnis zwischen der Nordallianz und dem Ex-König, ein Paschtune, der im italienischen Exil weilte, schmieden. Auf den Sturz der Taliban soll eine so genannte Große Versammlung folgen, die über die Zukunft Afghanistans beraten und entscheiden soll. Von den 120 TeilnehmerInnen dieser Versammlung soll die Hälfte vom König persönlich ausgewählt werden, die anderen 60 sollen aus den verschiedenen Fraktionen der Nordallianz zusammengesetzt werden – die Taliban sollen auch vertreten sein...

Perspektiven

Der Bombenterror gegen Afghanistan hat eine Flächenbrand in der gesamten Region ausgelöst. Palästina, Libanon, Pakistan, Jammu/Kaschmir, Irak, Indonesien, Philippinen und andere Länder werden von Massenprotesten und Straßenkämpfen erschüttert. In vielen Fällen sind die Islamisten die treibende Kraft. Die Islamisten haben Zulauf, weil sie die antiwestliche Stimmung – letztendlich ein verwirrer Ausdruck tieferliegender antiimperialistischer Bestrebungen – scheinbar am radikalsten artikulieren.

Allerdings werden die Fundamentalisten nicht stetig weiter zugewinnen. Beten, Fasten und Schleierrtragen macht niemanden satt und schafft keine Arbeitsplätze. Die Fundamentalisten haben keine Antwort auf die brennende soziale Frage. Dort, wo sie Verantwortung tragen, tritt das noch deutlicher zutage. Was bleibt, sind ihre reaktionären diktatorischen Maßnahmen, die menschenverachtend im allgemeinen und frauenfeindlich im besonderen sind. Selbst in Afghanistan garte es seit längerem. In den letzten Monaten war es zu Streiks und Studierendenprotesten in Dschalalabad gekommen. Proteste, die sich gegen Lebensmittelknappheit und Inflation richteten. Auch im islamischen Saudi-Arabien brodet es. Vor zehn Jahren war Arbeitslosigkeit noch ein Fremdwort, heute sind offiziell 18 Prozent ohne Beschäftigung. Im Iran drückte sich der Unmut vorübergehend in der Unterstützung von „Reformkräften“ auf Wahlbene aus. Allerdings wandelt sich die Wut bereits verschiedentlich auch in Widerstand um. Vor zwei Jahren wurden Teheran und andere Großstädte von Revolventen der Studierenden erschüttert.

Auf den Philippinen wurde der verhasste Präsident Estrada zum Jahreswechsel 2000/01 durch eine Massenbewegung gestürzt. In Indonesien gipfelten die Kämpfe von ArbeiterInnen, Armen und Jugendlichen in einer revolutionären Aufstand. Auch in Algerien demonstrieren in diesem Frühjahr Hunderttausende.

Die heutige zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse macht Hoffnung. Im Irak liegt die Urbanisierung mittlerweile bei 75 Prozent, im Iran bei 59 Prozent, auf den Philippinen bei 54 Prozent. So wichtig die Kämpfe anderer unterdrückter Teile der Gesellschaft sind, kommt der Klasse der Lohnabhängigen die zentrale Rolle bei einer grundlegenden Gesellschaftsveränderung zu. Schließlich können streikende ArbeiterInnen den größten ökonomischen Druck ausüben. Darüber hinaus sind sie aufgrund ihrer Rolle im Produktionsprozess mehr als Bauern, Handwerker oder kleine Händler in der Lage, ein kollektives Bewusstsein zu entwickeln.

Der russische Revolutionär Lenin bezeichnete den Kapitalismus einmal als „Horror ohne Ende“. Religiöse Wahnsinnstaten und Selbstmordattentate sind eine grausame Reaktion darauf. In der Palästinensischen Autonomiebehörde gaben 20 Prozent kürzlich an, die Hamas zu unterstützen, 27 Prozent Ara-fats Fatah; jene Umfrage zeigte aber auch auf, dass keine der bestehenden politischen Alternativen eine Mehrheit hat. Auf der verzweifelten Suche nach einem Ausweg werden auch andere radikale gesellschaftliche Konzepte Gehör finden.

So wird die international am Entstehen begriffene anti-kapitalistische Bewegung, die je länger der Krieg dauert, mit der Antikriegsbewegung zusammen kommen kann, nicht ohne Einfluss bleiben. Bemerkenswert war im übrigen die Beteiligung von arabischen ArbeiterInnen und Jugendlichen bei verschiedenen Antikriegsdemonstrationen in London, Amsterdam und anderen Metropolen Westeuropas.

Der Zusammenbruch des Stalinismus hat dem Imperialismus eine ideologische und politische Offensive ermöglicht. Nicht zuletzt der Verlauf des Krieges gegen den Irak 1991 zeigte dies. Gewerkschaften wurden geschwächt. In den meisten Ländern existieren heute keine Arbeiterparteien mit Massenbasis. Mit dem Niedergang der Stalinisten zu ziehen. Auch aus dem Aufbau revolutionärer und sozialistischer Kräfte weg. Schließlich hat der Kurs Moskaus wiederholte Male Massenkämpfe scheitern lassen. Es gilt, die Lehren aus dem Fehlen der Stalinisten zu ziehen. Auch aus dem Versagen bürgerlich-nationalistischer Kräfte wie der PLO müssen Schlussfolgerungen gezogen werden.

Das CWI, das Komitee für eine Arbeiterinternationale, kämpft nicht nur international gegen den Krieg – ob in Pakistan, Indien und in Jammu/Kaschmir, ob in Israel oder Nigeria oder in Deutschland, Russland und in den Vereinigten Staaten – das CWI hat auch eine umfassende gesellschaftliche Alternative zum kapitalistischen Horror anzubieten. ■

Dieser Abdruck ist eine stark gekürzte Fassung des Artikels, der in voller Länge unter www.sav-online.de/nachzulesen ist



Die afghanische Opposition Wieviel kleiner ist das Übel?



Der US-Bombenterror soll in den ersten drei Wochen schon bis zu tausend Menschen getötet haben, darunter viele Kinder. Und wofür? Um die Nordallianz an die Macht zu bringen, die laut Human Rights Watch in den Neuzugern für Massenhinrichtungen und Massenvergewaltigungen verantwortlich waren? (SZ vom 19.10.01)

Ab Mitte Oktober haben die US-Bomber frontnahe Stellungen der Taliban bombardiert, um der oppositionellen Nordallianz den Vormarsch zu erleichtern. Die Nordallianz scheint die einzige Alternative zum Terrorregime der Taliban zu sein. In den Plänen der USA und ihrer Verbündeten spielt sie eine Rolle. Auch unter afghanischen Exilanten in Europa gibt es Hoffnungen, dass sie die Taliban ersetzen könnte. Doch was ist die Nordallianz wirklich? Woher kommen ihre Führer?

Von Claus Ludwig, Köln

Die Allianz kontrolliert ungefähr zehn Prozent des afghanischen Territoriums, militärisch ist sie den Taliban unterlegen. Über ein Programm, eine politische Alternative, verfügt sie nicht. Sie ist eine Ansammlung aller Mudschahidin-Führer, die durch die Taliban entmachtet wurden und basiert hauptsächlich auf den nationalen Minderheiten Afghanistans – Tadschiken, Usbeken, Hazaras. In den von der Nordallianz kontrollierten Gebieten herrscht wie im Rest des Landes bittere Armut. Auch dort haben Frauen keine Rechte, allerdings ist die Unterdrückung nicht so bestialisch und allumfassend wie durch die Taliban, sondern hält sich im Rahmen der rückständigen feudalen Traditionen. Die Soldaten der Nordallianz bilden keineswegs eine hochmotivierte Guerilla-Truppe. Die Menschen dienen in der Armee, weil sie etwas Sold bekommen können oder weil sie aus ihrer Heimat fliehen mussten. So weit dies zu beurteilen ist, ist die Armee der Nordallianz militärisch und moralisch kaum in der Lage, eine Offensive zu starten.

Die Mudschahidin

Die heutigen Führer der Nordallianz sind der eigentliche Grund, warum die Taliban an die Macht kommen konnten. Ihr brutal geführter Bürgerkrieg von 1992 bis 1996 führte dazu, dass die Menschen verzweifelt und mit den Taliban eine neue Kraft unterstützten, die sich bisher nicht die Hände „blutig“ gemacht hatte und versprach, das Land zu einigen. Als diese 1996 in Kabul einrückten, jubelte die Bevölkerung, weil dadurch endlich der Krieg beendet wurde. „Die kriegsmüde Bevölkerung betrachtete sie als Retter – was sie in einer gewissen Weise tatsächlich waren. Allerdings zu einem hohen Preis. Ihre archaische, brutale Form des Islam schockierte selbst die ultra-traditionellen Muslime in den ländlichen Regionen“ (GEO).

1979 waren sowjetische Truppen in Afghanistan eingetrückt, um das pro-sowjetische Regime zu unterstützen. Dieses hatte fortschrittliche Reformen wie die Gleichstellung der Frau, Alphabetisierung und Industrialisierung begonnen, aber diese in einer bürokratisch-stumpferhaften Form umgesetzt. Das Regime war von vorneherein durch blutige Fraktionskämpfe und Willkür gekennzeichnet. Die Revolutionäre waren zumeist intellektuelle und Militärs ohne Verbindung vor allem zu den bäuerlichen Massen. Sie versuchten die – allerdings notwendigen – Veränderungen per Kommando von oben durchzusetzen.

Diese Fehler nutzten die Feudalherren und Stammesfürsten aus, um gegen die Reformen zu mobilisieren. Als Kitt des Widerstandes der Mudschahidin diente der Islam. Als ihr Widerstand wuchs und das Regime wackelte, kam die „Rote Armee“. Das Interesse Moskaus war allerdings nicht die Befreiung des afghanischen Volkes, sondern die strategische Sicherung seiner Südfanke.

SowzialistInnen hielten diesen Einmarsch für falsch, aber wiesen auch darauf hin, dass die reaktionären Mudschahidin das weitaus größere Übel für Afghanistan wären. Eine Perspektive, die sich nur als allzu wahr erwies.

Der islamische Widerstand wurde vor allem von der CIA ausgebildet und finanziert, ihre Führer in westlichen Medien zu „Helden“ gemacht. In arabischen Ländern rekrutierte der CIA Kämpfer gegen die Sowjetunion, darunter Osama bin Laden, spendierte 3 Milliarden Dollar für den Bürgerkrieg. Das für den Guerilla-Krieg geeignete Terrain, die Unterstützung durch die USA, das weitere Herumstumpfen des Regimes unter Nadschibullah und die brutale Kriegsführung durch die „Rote Armee“ führten dazu, dass die Mudschahidin stärker wurden. 1989 zogen die sowjetischen Truppen ab, weil sie nicht gewinnen konnten, und überließen Nadschibullah seinem Schicksal. Bis 1992 konnte dieser sich noch halten, schon während dieser Zeit verließen massenhaft städtische Intellektuelle, technisches Personal und Frauen Afghanistan, weil sie den Sieg der feudalen Reaktion kommen sahen.

Krieg um Kabul

Schon im Widerstand waren die Mudschahidin verschiedenen Fraktionen entlang nationaler und religiöser Linien organisiert. Am 25. April 1992 marschierten die Truppen Ahmed Shah Masuds (der im übrigen vor kurzem ermordet wurde) und des usbekischen Generals Dostums unterstützt durch schiitische Truppen in Kabul ein.

Es wurde eine Übergangsregierung unter Rabanni eingesetzt, die Einigung war, dass dieser bis Ende 1993 im Amt bleiben sollte. Verschiedene Führer, darunter Dostum und der „Lieblings-Mudschahidin“ des Westens, der Paschtune Hekmatyar, lehnten den erarbeiteten Vorschlag ab. Zwei Jahre lang wurde verhandelt, Saudi-Arabien und Iran versuchten, eine Stabilisierung zu erreichen, doch die Führer der bewaffneten Gruppen beließen es

lediglich bei einem Waffenstillstand. Rabanni lehnte seinen Rücktritt zum vereinbarten Zeitpunkt ab. Seine Truppen drängten die Einheiten Dostums und Hekmatyars aus der Stadt.

Zwischen den Truppen der „warlords“ begannen brutale Kämpfe, in deren Folge die bis dahin vom Krieg verschonte Hauptstadt Kabul zu großen Teilen zerstört wurde. Dostum und Hekmatyar zerschossen die Stadt von ihren Artilleriestellungen aus. In ganz Afghanistan brachen Kämpfe aus, mehrere zehntausend Menschen, zumeist Zivilisten kamen ums Leben, Millionen flüchteten. Amnesty international berichtete: „Vor dem Fall von Kabul traf ein Brief in den Vorjahren zahlreiche Berichte über Vergewaltigungen von Frauen durch Soldaten der damaligen Regierung unter Präsident Rabanni ein“ (Jahresbericht 1997).

Aufstieg der Taliban

Ende 1994 tauchten die Taliban auf. Dostum und Hekmatyar verbündeten sich mit ihnen. 1996 wechselte Hekmatyar wieder die Seiten, weil die Taliban immer stärker wurden. Er ging ein Bündnis mit dem Präsidenten Rabanni ein, inzwischen auch unterstützt von Indien, Russland und dem Iran.

Die afghanische Bevölkerung war des willkürlichen Terrors müde. Sie begrüßten den Vormarsch der „sauberen“ Taliban. Am 27. September 1996 nahmen die Taliban Kabul ein, bis 1998 gewannen sie die Kontrolle über ganz Afghanistan mit Ausnahme des Grenzgebietes zu Usbekistan und Tadschikistan. Dort hatten sich die geschlagenen Kräfte der Mudschahidin gesammelt. Die ehemals erbitterten Gegner Masud, Rabanni, Dostum, Hekmatyar, Ismail Khan und andere waren dort ein Zweckbündnis eingegangen.

Auch der Westen sah den Aufstieg der Taliban wohlwollend. Die blutige afghanische Anarchie, die unkontrollierbaren Milizenführer, destabilisierten Mittelasten und ließen Möglichkeiten der wirtschaftlichen

chen Ausbeutung der Region in weite Ferne rücken. Die ZEIT schreibt dazu: „Die Amerikaner wollten mit Hilfe der Taliban den Bürgerkrieg der Mudschahidin beenden. Ihr Ziel war es, die Pipelines von den mittelasiatischen Gas- und Ölfeldern am feindlichen Iran vorbei durch ein befreundetes Afghanistan zu führen. Doch das neue große Spiel zur Eindämmung Russlands und Indiens ging nicht auf. Die Zauberlehrlinge aus den Koranschulen setzten sich bald über ihre Meister hinweg.“

Trotz des zunehmenden Terrors der Taliban hat die Nordallianz kaum mehr Unterstützung in der Bevölkerung bekommen. Dies liegt nicht zuletzt an ihren Methoden. Im Jahresbericht 1997 schreibt amnesty international: „Die Truppen der Taliban-Gegner zeichneten ebenfalls für wahllose Angriffe auf Kabul verantwortlich. Mehrfach schlugen aus Flugzeugen abgeworfene Bomben in Wohngebieten der Stadt ein, in denen keinerlei Anzeichen für militärische Aktivitäten erkennbar waren. Dabei starben mehrere Menschen.“

Kriegsherren keine Alternative

Die Führer der Nordallianz sind nicht einmal bürgerlich-reaktionäre Politiker, sie sind schlicht „warlords“, Kriegsherren. Ihre Methode ist die Plünderung eroberten Gebiete. In einem von westlichen Armeen überwachten Afghanistan, beherrscht von bewaffneten Kleingruppen, in der die Wirtschaft auf der Kontrolle und dem Verkauf von Hilfsgütern sowie dem Drogen- und Waffenhandel beruht, wird es keine gesellschaftliche Entwicklung geben. Hunger und Elend würden weiter die Grundlage für neuen Kämpfen und neuer Unterdrückung sein.

Die „Revolutionäre Vereinigung

der Frauen Afghanistans“ (RAWA) betrachtet den Kampf zwischen Taliban und der Nordallianz wie folgt: „Mit dem Bildungswesen stand es in den vier Jahren der Herrschaft der Jihad-Fundamentalisten nicht besser als heute unter den Taliban. Beide stehen Wissenschaft und Kultur feindlich gegenüber (...) auch sie (die Mudschahidin, die Red.) nannten Schulen „Türen zur Hölle“ und das Radio die „Teufelskiste“ und das Fernsehen den „Spiegel des Satans“. In Kabul gab es Bücherverbrennungen.“

Für die USA ist die Nordallianz die einzige Basis im Land selbst. Doch offensichtlich sind US-Politiker und Militärs unsicher, ob sie alles auf diese Karte setzen sollen. CIA und US-Armee sind bekanntermaßen nicht für moralische Skrupel bei der Auswahl ihrer Verbündeten bekannt, haben schon so manchen Diktatoren und Schlichter unterstützt, aber sie wollen die Kontrolle über ihre Marionetten.

Die einzige echte Alternative ist der Aufstand der entrechteten Massen gegen die Taliban, gegen alle Kriegsherren, gegen die ausländische Intervention. Dass dieser Weg in Afghanistan sehr schwer zu gehen sein wird, nach 20 Jahren Krieg und Hunger, nachdem die meisten Menschen am Ende ihrer Kräfte sind, steht außer Frage. Möglicherweise wird sich solche eine Bewegung im Land selbst nicht entwickeln, sondern braucht den Anstoß durch afghanische Flüchtlinge in Pakistan und Iran, brauchte möglicherweise soziale Bewegungen in den Nachbarländern.

SowzialistInnen und GewerkschafterInnen in Europa sollten die Diskussion und die Zusammenarbeit mit den hier lebenden afghanischen Oppositionellen suchen, doch keineswegs die Nordallianz unterstützen. ■

Serbien 1 Jahr nach dem Sturz von Milosevic Streiks gegen Massentlassungen



Belgrader Proteste gegen das neue Arbeitsgesetz. „Von den rund 1,8 Millionen Beschäftigten Serbiens wäre fast die Hälfte von der Kündigung bedroht, wenn das Gesetz in Kraft treten würde“ (Der Spiegel 43/2001)

Mitte Oktober protestierten 140.000 ArbeiterInnen und Angestellte in Serbien. Beschäftigte in der Telecom, in den Krankenhäusern, bei der Autofabrik Zastava und im Bergbau von Kolubara, die vor genau einem Jahr den Sturz von Milosevic eingeleitet hatten, traten in den Ausstand.

Wir drucken hier Auszüge eines Briefes des Sekretärs der unabhängigen Metallergewerkschaft GSM, Aleksandar Todica, an den SAV-Bundes-sprecher Sascha Stanicic über die aktuellen Proteste.

Belgrad, den 25.10.01

Lieber Sascha,

(...) Was die Proteste (Streiks) angeht, sind sie mit dem Fall des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung und dem sprunghaften Anstieg der Preise verbunden (...)

Die zwei momentan größten Probleme sind das Privatisierungs- und das Arbeitsgesetz.

Das Privatisierungsgesetz sieht keine Kontrollmöglichkeit der Gewerkschaften beim Verkauf von Unternehmen vor, was uns sehr wichtig ist, und auch keinen Sozi-

alplan, der sich um die überschüssigen Arbeiter, die bei einer Privatisierung ohne Arbeit bleiben, kümmert.

(...) Was den Sozialplan betrifft, meinen wir, dass es unbedingt notwendig ist, einen Teil der Einnahmen des Verkaufes von Unternehmen in einen Sozialfonds zu stecken, so dass Arbeitern, die ihre Arbeit verlieren, die Möglichkeit zu einer gewissen Sicherheit gegeben wird. Zusätzlich ist es wichtig zu betonen, dass dieser Sozialplan auch Umschulungen und Weiterbildung für die Arbeiter einschließt.

Das Arbeitsgesetz, „das modernste in Europa“, wie Djindjic sagt, ist kein Arbeitsgesetz, sondern ein Entlassungsgesetz.

(...) Der Arbeitgeber kann nach seiner Stimmung, je nach dem, wie er morgens aufgelegt ist, einen Arbeiter entlassen, zum Beispiel wenn dieser morgens seinem Chef nicht „Guten Morgen“ sagt. Wir als Gewerkschaft fordern, dass dieser Gesetzesentwurf zurückgezogen wird und mit Gewerkschaften und Arbeitgebern ein richtiges Gesetz erarbeitet wird, das alle Seiten zufrieden stellt.

Weil die Regierung nicht auf unsere Forderungen eingeht, hatte

die Gewerkschaft keine andere Wahl, als in den Generalstreik zu treten, also haben wir zuerst Proteste in den Städten Zentralserbiens organisiert, Straßenblockaden und am Ende den großen Protest am 23. Oktober 2001 vor dem serbischen Parlament und dem Regierungsgebäude. Diesen Protest haben wir zusammen mit der alten Gewerkschaft organisiert und hatten ungefähr 20.000 Teilnehmer. Am Ende haben Regierung und führende Vertreter des Parlamentes zugestimmt, das „Arbeitsgesetz“ zu verbessern unter Berücksichtigung von Zusatzanträgen durch die Gewerkschaften (...)

Während dieser Zeit werden wir keine Proteste organisieren, aber der Streik bleibt als Drohung im Raum. Falls unsere Vorschläge nicht aufgenommen werden, werden wir gezwungen sein, die Proteste eventuell auszuweiten und radikalere Forderungen aufzustellen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Regierung unter dem Druck des IWF und der Weltbank steht und deren Anweisungen ausführt, aber wir dürfen nicht erlauben, dass man uns zu Sklaven macht und wir unsere Integrität verlieren. Als ein gut organisierter gewerk-

schaftlicher Dachverband mit über 600.000 Mitgliedern ist die „Nezavisnost“ ein wichtiger Faktor bei den Veränderungen in Serbien und die Regierung weiß das genau. Sie wollten die Stärke der Gewerkschaft testen und das ist ihnen gelungen. Premier Djindjic und sein Laubbursche und Arbeitsminister, ein ehemaliger Pseudogewerkschafter und Vorsitzender der Bergarbeitergewerkschaft, die auch als Partei (ASNS) an den Wahlen teilgenommen hat, haben dauernd Arbeiter und Gewerkschaften mit Erklärungen, wir könnten nicht mehr als 2.000 Arbeiter mobilisieren, provoziert. Es hat sich gezeigt, dass wir das können und wenn es sein muss auch mehr. (...)

Herzlicher gewerkschaftlicher Gruß

Unabhängige Metallgewerkschaft in Nezavisnost

Aleksandar Todica, Sekretär

Übersetzung aus dem Serbischen von Goran P. Hastenteufel

Vereinte Nationen UNO als Friedensengel?

Die PDS schreibt in einem Antrag an den Bundestag: „Die Vereinten Nationen sind die geeignete Organisation, die die Bekämpfung des Terrorismus als internationale Aufgabe mit all seinen Facetten von der repressiven Eindämmung bis hin zu koordinierten wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen wahrnehmen kann“.

Auch in Teilen der Friedensbewegung herrscht der Glaube, die UNO sei geeignet, um gegen die Ursachen von Terror und Krieg anzugehen.

Aber nie sagt jemand, welche der Staaten in der UNO es konkret sein sollen, von denen man sich eine Lösung erhofft.

Die USA? Sie können offensichtlich nicht gemeint sein.

Vielleicht Russland? Aber dessen Regierung führt seit Jahren einen Terrorfeldzug gegen die Bevölkerung in Tschetschenien.

Oder China? Die Regierung zeichnet sich doch durch Unterdrückung von unabhängigen Gewerkschaften und jedweder Opposition aus.

Oder Deutschland? Deutsche Banken und Konzerne sind doch ganz vorne dabei, wenn es um die Ausbeutung der so genannten Dritten Welt geht.

Menschenrechtsverletzer

Die Anhänger der UNO-Idee werden einwenden, dass sie gerade nach der UNO rufen, weil die UNO nicht nur aus der Handvoll mächtigsten Staaten besteht, sondern aus 189 Ländern.

Aber auch diese Länder müssen wir konkret betrachten. Laut jüngstem Jahresbericht von amnesty international werden in 125 Ländern Menschen gefoltert und missandelt. Das heißt: Die Folterstaaten haben in der UNO eine Zweidrittel-Mehrheit. In noch mehr Staaten, in 149, werden die Menschenrechte verletzt.

Was soll dabei herauskommen, wenn man die Vertreter von Folterstaaten und Menschenrechtsverletzern versammelt? Friedensengel?

Ausbeutung, Unterdrückung, Staatsterror, Militarismus, staatlicher Rassismus, Gewalt, Korruption sind weder Schönheitsfehler noch Ausnahmerscheinungen in einzelnen Ländern, sondern allgegenwärtig. Wer das nicht glaubt, dem sei gesagt, wie es selbst um das kleinste Land in der UNO bestellt ist. Der Ministaat Nauru, eine Insel im Pazifik, ist 20 Quadratkilometer klein, und hat nur 11.000 Einwohner. Nauru gilt aber als Stützpunkt für den

internationalen Drogenhandel, für Steuerhinterziehung und Geldwäsche.

Versammlung der Herrschenden

Die UNO ist eben nicht die Versammlung der Völker, sondern die Versammlung der Vertreter der Staaten dieser Welt, die sich mit allen schmutzigen Mitteln und mit aller Gewalt im internationalen Konkurrenzkampf zu behaupten versuchen.

Deswegen war und ist es falsch, nach der UNO zu rufen.

Aber es gibt das Argument, man könne wohl den Charakter der UNO, aber man müsse eben taktisch vorgehen. Die mächtigen Staaten in der UNO hätten schließlich unterschiedliche Interessen. Wenn man der UNO die Verantwortung für die Lösung von Konflikten übertrage, dann könnten Kriege verhindert werden, weil sich die Länder gegenseitig in den Arm fallen würden.

Nach dieser Logik könnte man ebenso gut die Verantwortung, für Sicherheit und Frieden zu sorgen, der Mafia übertragen. Da finden sich auch immer irgendwelche Clans, die im Streit miteinander liegen.



Eine Stärkung der UNO würde den unterdrückten und verarmten Massen in Afghanistan nicht helfen. Die UNO stellt den Bombenterror von USA und NATO nicht in Frage

Aktuell ist es aber sogar so, dass sich fast alle Staaten in einem Punkt einig sind: Alle bekunden ihre Zustimmung zum Kampf gegen den Terrorismus. Jedes Land hat nämlich seine eigenen „Terroristen“.

Egal ob Tschetschenien im Machtbereich Russlands, Kurden in der Türkei, Oppositionelle in China, für die jeweiligen Regierungen sind das allesamt nur „Terroristen“, die es zu bekämpfen gilt. Und für Schily in Deutschland oder Berlusconi in Italien sind die DemonstrantInnen in Genua und Atomkraftgegner in Gorleben mindestens potenzielle „Terroristen“.

Kaum ein Land in der UNO, das nicht die aufrichtige Empörung in der Bevölkerung über die Attentate vom 11. September nutzen würde, um demokratische Rechte abzubauen, mehr Geld für Rüstung lok-

ker zu machen und den Aktionsradius ihrer Armee zu erweitern. Wir erleben das in Deutschland und in anderen Ländern. Die japanische Regierung hat unlängst beschlossen, die Befugnisse ihre Armee im Ausland zu erweitern. Alles immer unter dem weiten Deckmantel „Kampf gegen den Terrorismus“.

Nach der UNO zu rufen, schafft nur Illusionen und führt zu keiner Lösung. Diese Forderung vernebelt den wahren Charakter und die wahren Absichten der Herrschenden in dieser Welt. Es wird ihnen dadurch nur noch leichter gemacht, ihre antidemokratischen, machtpolitischen und gar nicht friedlichen Interessen gegen die Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen.

Georg Kümmel, Köln

rale Reformpositionen, als eine radikale Kapitalismuskritik.

Antikriegskonferenz

Auf den Vorschlag der SAV hin fand während der Mittagspause am Samstag eine kurze, aber kämpferische Kundgebung gegen den Krieg mit 3-400 TeilnehmerInnen statt. Ein Antrag, der den von der SAV initiierten Berliner Schülerstreik unterstützte, sowie die Disziplinarmaßnahmen der Schulbehörde verurteilte, wurde angenommen. Dies war übrigens die einzige Resolution, die auf der Konferenz selbst verabschiedet wurde. Auch die „SchülerInnen gegen den Krieg“ – die Initiative, welche den Schulstreik organisiert hatte und in der Mitglieder der SAV eine führende Rolle spielten – sammelte ungefähr 1.000 Unterschriften sowie 300 Mark an Spenden (100 Mark davon vom Schriftsteller Stefan Heym) während der Konferenz.

Weiterer Aufbau von attac

Nach der vor allem aus Vorträgen bestehenden Konferenz fand eine anderthalb Stunden dauernde Mitgliederversammlung statt, welche entscheidungsbefugt und offen für alle Interessierten war. An ihr haben 250-300 Leute teilgenommen. Ein regulärer Delegiertenkongress soll Anfang Februar 2002 stattfinden. Der an den „Ratschlag“ herangetragene Vorschlag lautete, die bisher geltende kurze, recht allgemein gehaltene Plattform mit kleinen Änderungen zu übernehmen sowie das Koordinierungsgremium im Amt zu bestätigen. SAVlerInnen brachten einen Alternativentwurf ein, der die Gründe für Krieg und Terror benannte und feststellte, dass nur durch weltweite soziale Gerechtigkeit Sicherheit und Frieden erreicht werden könnten. Dieser Vorschlag wurde von ungefähr einem Viertel der Anwesenden unterstützt.

Das Interesse für attac wird sicherlich nach der erfolgreichen Konferenz noch weiter zunehmen, bald werden sich Hunderte und vielleicht Tausende zu den 3.000 deutschen attac-Mitgliedern gesellen.

Tommy Lindquist, Berlin

Friedensmarsch in Italien

Seit vierzig Jahren marschieren im Oktober italienische FriedensaktivistInnen über 25 km von Perugia nach Assisi. Aber niemals war diese traditionelle Demo so groß wie dieses Jahr: Statt den erwarteten 100.000 kamen zwischen 250.000 und 500.000 Menschen, um gegen den Krieg in Afghanistan zu protestieren.

Das Spektrum der TeilnehmerInnen reichte von linken Organisationen wie der Rifondazione Comunista, über Gewerkschaften, Grüne, Social Forums, Pfadfinder bis hin zu katholischen Friedensgruppen. Nicht willkommen waren einige pseudo-linke Führer von Parteien, die eben noch im Parlament für die Kriegseinsätze gestimmt hatten. D'Alema, Führer der Demokratischen Linken, wurde von vielen DemonstrantInnen als Heuchler beschimpft und ausgepöffelt. Es gab Slogans wie: „Weder Bush noch bin Laden!“ und „Keinen Krieg, keinen Terror – eine Alternative zum Kapitalismus aufbauen!“

Der Berlusconi-Regierung steht ein heißer Herbst bevor. Für den 10. November rufen die verschiedenen Social Forums in Italien zu einer Großdemo in Rom auf, am 9. November soll es einen Generalstreik im öffentlichen Dienst geben.

Flüchtlinge auf dem Weg nach Australien ertrunken

Ungefähr 377 Asylsuchende, die meisten von ihnen ursprünglich aus dem Irak, ertranken auf dem Weg von Indonesien nach Australien in einem völlig überfüllten Boot. Viele von ihnen waren anerkannte UN-Flüchtlinge. Es gibt ungefähr 5.000 Asylsuchende aus dem Nahen Osten in Indonesien. Sie leben dort unter unmenschlichen Zuständen, was viele zur Flucht nach Australien zwingt. Für den Unfall ist auch die verschärfte rassistische Flüchtlingspolitik Australiens mitverantwortlich. Die Regierung hat die Vergabe von Asyl dieses Jahr auf 4.000 halbiert, aus dem Nahen Osten ist niemand berücksichtigt. Eine Woche davor hatte die australische Marine auf ein Flüchtlingsboot gefeuert, um es zur Umkehr zu zwingen.

Neuer HIV/Aids-Bericht in Südafrika

Der Medizinische Untersuchungsrat von Südafrika hat im Oktober seinen Bericht über die Verbreitung von HIV und Aids veröffentlicht – mit erschütternden Fakten. 47 Millionen Menschen haben HIV/Aids; ein Viertel aller Erwachsenen. In 40 Prozent aller Todesfälle war Aids die Ursache. Es wird geschätzt, dass die durchschnittliche Lebenserwartung von heute 54 Jahren auf 41 im Jahre 2010 fällt. Es sterben mehr Frauen im Alter zwischen 20 und 30, als zwischen 60 und 70! Die ANC-Regierung wollte den Bericht verschleiern. Sie ist nicht bereit, die nötigen Ressourcen bereitzustellen. Dazu kommt, dass mit dem GATS-Abkommen eine Patentschutz eingeführt wird, das es für Südafrika unmöglich macht, die billigeren Medikamentenplagiate gegen HIV und Aids zu nutzen.

Straßenkämpfe in Nigeria

Die ethnischen Konflikte in Nigeria haben im August einen neuen Höhepunkt erreicht. In Kano, der größten Stadt im Norden Nigerias, wurden bei Zusammenstößen von muslimischen und christlichen Jugendbänden Hunderte getötet. Die Randalen und Straßenschlachten begannen mit einer antiamerikanischen Demonstration, bei dem Parolen zur Unterstützung bin Ladens gerufen wurden. Der Staatschef Obasanjo ist einer der wenigen afrikanischen Präsidenten, die inzwischen Bush ihre volle Unterstützung ausgesprochen haben.



attac-Kongress Zusammenschluss des Widerstandes

Die bundesweite Gründungskonferenz von attac, die vom 19.-21. Oktober in Berlin stattgefunden hatte, war ein historisches Ereignis. Laut der FAZ nahmen über 3.000 Menschen an der Konferenz teil, die größte Teilnehmerzahl auf einer linken Veranstaltung seit 20 Jahren in Deutschland. Jean Ziegler, UN-Sonderbeauftragter für Ernährung, brachte die vorherrschende Stimmung zum Ausdruck, als er in seiner Rede im Plenum am ersten Abend sagte: „Dies ist eine historische Konferenz, der Zusammenschluss des Widerstandes in der Hauptstadt der Hauptmacht in Westeuropa.“



attac ist international aktiv. Hier protestieren attac-UnterstützerInnen in Argentinien gegen die Auflagen des IWF, der immer härtere soziale Einschnitte für neue Kredite verlangt

In Deutschland war attac erst im Januar im niedersächsischen Velten von 120 Aktiven gegründet worden. International gehören attac heute 60.000 Mitglieder an, attac hat in 30 Ländern eine Präsenz.

Wenn „eine andere Welt“ in den Augen der AktivistInnen der antikapitalistischen Bewegung vor dem 11. September „möglich“ schien, dann galt mit dem Kriegsbeginn die Einstellung, wie sie viele Male während der Konferenz vorgetragen wurde: „Eine andere Welt ist notwendig“.

Viele Prominente

Mehr oder weniger alle prominenten RednerInnen während des Hauptplenums bezogen klar Stellung gegen den Krieg, wie der erwähnte Jean Ziegler der, nachdem er die Terroranschläge des 11. September verurteilte, sagte: „Für die Menschen der unterentwickelten Länder ist jeder Tag ein Tag des Terrors.“

Zu den Sprechern und Sprecherrinnen des Plenums gehörten unter anderem Leute wie der Vorsitzende der brasilianischen MST (Bewegung der Landlosen), Joao Batista de Oliveira, der ehemalige SPD-Finanzminister Oskar Lafontaine und die Führer von attac in Frankreich, Bernard Cassen und Susan George. Vorstandsmitglieder der beiden größten Einzelgewerkschaften IG-Metall und ver.di überbrachten der Konferenz Solidaritätsadressen, vor allem Horst Schmittner vom Hauptvorstand der IG-Metall sprach sehr radikal. Er kritisierte den Krieg einige Tage, nachdem der Hauptvorstand der IG-Metall seine Unterstützung für die Kriegsposition Schröders ausgedrückt hatte. Lafontaine sprach in seiner Rede, die den rechten Flügel von attac repräsentierte, davon, dass „es nicht möglich ist, uns dafür anzugreifen, dass wir wissen, wo-

gegen wir sind, ohne zu wissen, wofür wir sind, schließlich sind wir für die Tobinststeuer“ nicht bereit, über diesen attac-Minimalkonsens (Besteuerung der grenzüberschreitenden Devisengeschäfte) hinauszugehen.

Gesellschaftliche Alternativen

Auf dem Kongress waren viele ältere AktivistInnen aus der Friedensbewegung der achtziger Jahre, von denen ein Großteil seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder zum politischen Leben „erwacht“ ist. Auf der anderen Seite waren nicht viele ArbeiterInnen und Arbeiter unter den Anwesenden. Ein besonders stark vertretener Teil der BesucherInnen waren Studierende. Auch waren viele TeilnehmerInnen aus Westdeutschland (ausgenommen die BerlinerInnen), was auch die Tatsache widerspiegelt, dass die meisten attac-Gruppen im Westen liegen.

wil führte einen anderen Arbeitskreis unter dem Motto „Von Göteborg nach Brüssel“ durch, welcher von 25 Leuten besucht wurde. Die SAV organisierte einen sehr erfolgreichen Arbeitskreis zum Thema: „Alternativen zur Marktwirtschaft“, an dem 80 Leute teilnahmen. Wenn es auch ein offenes Ohr für weitergehende systemkritische Ideen und eine sehr interessierte Atmosphäre gab – entsprach die vorherrschende Meinung doch dem kaum vorhandenen sozialistischen Bewusstsein der Neuzugler und dem fehlenden Vertrauen in die Arbeiterklasse und in die Möglichkeiten einer fundamentalen Veränderung der Gesellschaft.

Das jetzige Programm ist sehr vage formuliert und beinhaltet eher „moderne“, linkssoziallibe-

Was will die SAV?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Weltwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative - SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD- und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im Komitee für eine Arbeiterinternationale zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und die Herrschaft der

Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuergeschenke an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nicht gegeben. Neu ist nur, dass Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen ist ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratischer Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft, in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege - Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern, die sich in den Taschen der Superreichen befinden
- ★ Verteilung der Arbeit auf alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 Mark netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Jugend

- ★ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- ★ Nein zu Studiengebühren
- ★ Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien Bafög von 1500 Mark netto
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen
- ★ Schaffung von öffentlichen, überbetrieblichen Ausbildungszentren
- ★ Für staatlich finanzierte, selbstverwaltete Jugendzentren in jedem Stadtteil

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltschädlicher Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsatz der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht
- ★ Nein zu Bündnissen und Runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“
- ★ Nein zur Europäischen Währungsunion

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung
- ★ Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Leserbriefe

2.000,- für jede/n oder 170 Milliarden Mark für die Banken?

Lange haben Politiker und Banken versucht, uns zu verklickern, dass der Euro für uns alle so toll sei, weil das lästige Geldumtauschen mit der Einführung der gemeinsamen Währung überflüssig werden würde.

Dass der Euro und die Konvergenzkriterien zur Teilnahme an der gemeinsamen Währung besonders dazu dienen, Sparpakete und Privatisierungen staatlicher Betriebe mit dem Argument durchzusetzen, dass wir alle für Europa den Gürtel enger schnallen müssen, wurde uns dann aber schnell klar. Auch die Tatsache, dass mit dem Euro versucht werden wird, Löhne und Preise europaweit vergleichbarer zu machen und das bestimmt nicht zu Gunsten der ArbeiterInnen und VerbraucherInnen passiert, haben einige schon durchschaut. Am Offensichtlichsten ist jedoch die Umstellung der Preise auf Euro. Die meisten Einzelhändler nutzen dies schon mal dazu, die Preise anzuhäufeln. Ich arbeite selbst im Einzelhandel und bekomme täglich von Kunden zu hören, dass diese Umstellung der Preise doch so wieso eine Verarschung der Verbraucher sei.

Doch wer dachte, dies sei schon die Höhe, der wurde jetzt eines Bes-

seren belehrt.

Mit der neuen Währung braucht die Bundesbank ihre Währungsreserven in Höhe von 170 Milliarden Mark, teils in Devisen, teils in Goldbeständen, nicht mehr. Zukünftig wird sich nämlich die EZB um die Währungsreserven kümmern. Das bedeutet, dass sich nun die Frage stellt, an wen die Bundesbank das Geld verteilen wird. Dass die Reserven Eigentum des Volkes sind, scheint keinen der Bundesbanker und Politiker so recht zu interessieren. Würde man die 170 Milliarden Mark an die Bevölkerung zurückzahlen, wären das 2.000 Mark für jede und jeden von uns.

Es ist natürlich klar, dass das nicht im Interesse der Herrschenden ist. Besonders die Banken sind daran interessiert, die Milliarden möglichst profitabel in Fonds anzulegen und große Zinserträge einzufahren. Die Hauptsorge der Politiker scheint zu sein, den Verkauf der Reserven über-



1997, Amsterdam: 50.000 demonstrieren auf einer europaweiten Demo gegen das EUROpa der Banken und Konzerne

die Bühne zu bringen, ohne großartige Katastrophen auf den internationalen Devisenmärkten auszulösen.

Ihre Hauptrolle sollte jedoch viel eher sein, dass immer mehr Menschen merken werden, dass eine solche Politik im Interesse der Banken und Konzerne auf unsere Kosten geht und nicht mehr länger hinzunehmen ist!

2000 Mark für jeden und jede!

Lucy Redler, Hamburg

Ausbildung im Call-Center? Ein Witz!

Ich möchte euch wirklich beglückwünschen zu dem Artikel über die Call-Center (VORAN Nr. 227!)

Ich danke euch, dass ihr euch dieses Themas angenommen habt. Ich selber habe bei der Firma Schaar Schmidt (auch Masch genannt) von März bis August 2001 gearbeitet. Dies ist ein Call-Center in Köln-Porz für Scanner-Software.

Ich kann die Erfahrungen von Angela und Dieter nur bestätigen. Wie vieles habe ich dort wieder erkannt. Momentan befinde ich mich gegen meinen ehemaligen Arbeitgeber in einem rechtlichen Streit. Er hat nämlich mein Gehalt für August einfach einbehalten. Im Vertrag stand nämlich eine Klausel, dass ich bei einer Kündigung innerhalb des ersten halben Jahres 1.600 Mark Entschädigung für die Ausbildung zu zahlen habe. Sie versuchen das jetzt durchzudrücken. Ausbildung? Ein Witz! Möglichst schnell sollte man aus Telefon und parallel noch e-mails und Fax beantwortet. Die Kunden waren

nett, verlangten aber auch verständlicherweise eine qualifizierte Antwort. Immer schneller musste man sie natürlich abfertigen. Wenn man nicht schnell genug gearbeitet hat, hat der Chef einen vorgeladen. So sah ich eine Studentin, die er in einer Besprechung derart fertig machte, dass sie weinte.

Wenn wir Fehler machten, drohte er in den Meetings damit, uns allen in den Arsch zu treten. Keine leere Drohung. Vor einem Jahr machte er dies mit einem Angestellten.

Auch aufs Klo zu gehen während der Arbeitszeit, war ein Abenteuer. Die Nachbarn beäugten einen, schließlich mussten sie in der Zeit das andere Telefon mit übernehmen. Die Fluktuation war enorm, ich habe in nur sechs Monaten quasi sich die ganze Belegschaft ausgewechselt sehen. Manche hielten es nur kurz aus und kündigten sofort. Unter uns redeten wir natürlich über die Arbeitsbedingungen. So machte einem die ganze Strahlung der Apparate Sorge. Pausen (außer der Mittagspause) waren keine vorgese-

hen, nicht für die Toilette, Zigarette oder um die Augen auszuwischen.

In den Verträgen ist auch wiederrechtlich kein Urlaubs- und Krankengeld vorgesehen.

Als großes Manko habe ich erlebt, dass es keine Organisation und Kontrolle gibt. Wo ist der Gesetzgeber, wo die Gewerkschaften? Schwerig scheint es zu sein, unter den Kolleginnen und Kollegen eine Organisation zu schaffen. Schließlich will jede/r so schnell wie möglich weg. Doch wie nötig eine solche Kontrolle ist, ist mir nun klar.

Als Fazit bleibt: Der Enthusiasmus zu Beginn wird gänzlich ausgenutzt. Dankbarkeit dafür ist nicht vorhanden.

Schön, dass ihr so zahlreich bei der Demo in Köln am Samstag wart. Nur gemeinsam können wir etwas bewegen, ob jemand nun Mitglied der SAV, Jusos, Antifa oder PDS ist. Ist doch egal, oder? United we stand! Alles Gute.

Jean Hayward*, Köln

*Name von der Redaktion geändert

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

Aachen

OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Eifelstr. 13
OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Eifelstr.13
OG Mitte/West: Mittwochs, 19 Uhr, „Ché-Haus“, Ponstr. 41
☎ 0241 - 50 86 85 e-Mail: aachen@sav-online.de

Berlin

OG Prenzlauer Berg - Süd: Mittwochs, 19 Uhr, im „Mädchentreff“ Lotte, Lottumstr./Ecke Christenstr. (Eingang Christenstr.) U-Bhf. R.-Luxemburgplatz
OG Prenzlauer Berg - Nord: Donnerstags, 19 Uhr, im „Kiezladen“, Dunckerstr. 14 (Nähe U-Bhf Eberswalder)
OG Kreuzberg: ☎ 030 - 44 08 429
☎ 030 - 44 08 429 e-Mail: berlin@sav-online.de

Bremen

Mittwochs, 19 Uhr, im „Freizi“ Friese, Friesenstr. 110 (Haltestelle Linie 2, 3, 10 Brunnenstr.)
☎ 0421 - 5 57 68 97 e-Mail: bremen@sav-online.de

Bremerhaven

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: savbhv@aol.com

Dresden

Mittwochs, 19 Uhr, im „Coloradio“, Jordanstr. 05 (HH)

Freiburg

Sonntags, 18 Uhr, im SAV-Büro, Krozinger Str. 58
☎ 0761 - 4 16 32 e-Mail: savfr@aol.com

Greifswald

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale

Hamburg

OG Altona: Dienstags, 19 Uhr, im „Eine-Welt-Netzwerk“, Große Bergstr. 255
OG Eimsbüttel: Mittwochs, 19 Uhr, im „Miecke Meier“, Mittenkampsweg 34
☎ 0178 - 2068489 e-Mail: hamburg@sav-online.de

Kassel

Montags, 19 Uhr, im Kulturzentrum „Schlachthof“, Mombachstr. 12
☎ 0561 - 92 235 22 e-Mail: kassel@sav-online.de

Heinsberg

Infos über Marcus 0172 - 101423

Köln

OG Innenstadt: Dienstags, 19.30 Uhr, im „Allerwelts-Haus“, Körnerstr. 77-79 (Ehrenfeld)
OG Kalk: Donnerstags, 19.30 Uhr, im „Naturfreundehaus“, Kapellenstr. 9 (U-Bahn Kalk Kapelle)
☎ 0221 - 83 06 381 e-Mail: koeln@sav-online.de

Rostock

OG Innenstadt: Donnerstags, 19 Uhr, im SAV-Büro, Augustenstr. 92 (Eingang über Grüner Weg)
OG Dierkow: Donnerstags 19 Uhr, „Kita der Volkssolidarität“, J.-Chr.-Wilkenstr. 1 (Endhaltestelle Linie 2)
☎ 0381- 499 65 90 e-Mail: rostock@sav-online.de

Siegen

Mittwochs, 19 Uhr, im „Zentrum für Friedenskultur“, Alte Poststr. 14-16 (Oberstadt)
e-Mail: siegen@sav-online.de

Stuttgart

OG Süd/Ost: Dienstags, 19.30 Uhr, in der „AWO Ost“, Ostendstr. 77/1 (Haltestelle Ostendplatz),
OG Nord/West: Mittwochs, 19.30 Uhr, im „Naturfreundeladen“ Senefelderstr. 19 (Haltestelle Feuersee)
☎ 01787 - 24 24 42 e-Mail: stuttgart@sav-online.de

Trier

Infos unter ☎ 030 - 24 72 38 02 bei der SAV-Bundeszentrale oder e-Mail: trier@sav-online.de

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten: Coesfeld, Darmstadt, Dettenheim, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Göttingen, Jembke, Karlsruhe, Kiel, Martensdorf, Mönchengladbach, Münster, Oldenburg, Saarbrücken (saar@sav-online.de), Schönau, Solingen über die SAV-Bundeszentrale ☎ 030 - 24 72 38 02

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28.10.
Die nächste VORAN erscheint am 4.12.

VORAN
Sozialistische Alternative
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin
Telefon: (030) 24723802,
Fax (030) 24723804,
e-mail:redaktion@sav-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung - erscheint seit 1973
Herausgeber: Sozialistische Alternative (VORAN) e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Aron Amm
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Bankverbindung:
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

<http://www.sav-online.de>

Kriegsgegner sollen mundtot gemacht werden

Repressalien und Kündigungen

Das erste Opfer im Krieg ist die Wahrheit. Das zweite sind demokratische Rechte.

Bei der Firma Kostal, einem Elektronikproduzenten mit weltweit 9.000 Beschäftigten, wurde in Lünen der türkische Kollege Metin Serefoglu fristlos gekündigt, weil er nicht an den von oben verordneten Trauerminuten am 13. September teilnehmen wollte. „Ich möchte um alle Menschen in der Welt gleich trauern“, so seine Begründung. Und er stellte fest, dass es auch keine Trauerminuten gab, als in der Türkei 30.000 Menschen durch ein Erdbeben starben, in Bosnien 300.000 Menschen dem Krieg zum Opfer fielen und unzählige KurdInnen im Osten der Türkei ermordet wurden. Diese Überzeugung

hat ihm den Job gekostet. Der Betriebsrat stimmte der fristlosen Entlassung zu. Der Betriebsratsvorsitzende ist zweiter Bevollmächtigter der IGM Verwaltungsstelle Lünen. Die siebenköpfige Familie Serefoglu muss wegen der fristlosen Kündigung die nächsten drei Monate ohne einen Pfennig vom Arbeitsamt überstehen. Und danach erhält der Kollege nur ein gekürztes Arbeitslosgeld.

In Sachsen wurden 3 LehrerInnen wegen kritischer Äußerungen gegen die USA vom Dienst suspendiert. Laut Kölner Stadtanzeiger vom

Solidaritätskonto Serefoglu
Konto 50 40 20 91 01, Volksbank Hagen eG, BLZ 450 600 09
Solidadressen und weitere Infos:
Arbeitskreis gegen Rassismus und Rechtsextremismus im ver.di-Bezirk NRW-Süd, M. Bornholdt, Eidenicher Str. 127, 53115 Bonn

22.9. zeigte ein Lehrer nach dem Terroranschlag in den USA auf eine kleine afghanische Schülerin und rief: „Ihr Afghanen seid an allem Schuld“. Das Mädchen lief weinend nach Hause. Der Lehrer wurde nicht vom Dienst suspendiert. Im 100 km von Köln entfernten Siegen wurde dagegen ebenfalls ein Lehrer aus dem Schuldienst entfernt. Die bekannt gewordenen Fälle sind nur die Spitze des Eisberges. Es ist ein Skandal, dass Betriebs- und Personalräte sowie die Gewerkschaften nicht gegen solche arbeits- und dienstrechtliche Disziplinierungen und Entlassungen vorgehen.



In Siegen wurde der Lehrer Bernhard Nolz vom Dienst suspendiert, weil er der US-Regierung in einer Rede vorwarf, nicht genug gegen Hunger und Armut in der Welt zu tun – kurz: weil er die Dinge beim Namen nannte

Siegener Lehrer suspendiert

Eine Woche nach dem Attentat auf New York und Washington kam es in Siegen zu einer Demonstration von 3.000 SchülerInnen, die unter dem Motto: „Gegen Gewalt, Terror und Krieg“ stand. Als Redner hatten die Schüler unter anderem Bernhard Nolz, Lehrer an einer Gesamtschule und Geschäftsführer des „Zentrums für Friedenskultur-ZFK“, eingeladen.

Nolz beschränkte sich nicht nur auf Solidaritätsbekundungen für die US-amerikanische Bevölkerung, sondern warf der US-amerikanischen Regierung vor, Milliarden für Krieg auszugeben, sich aber nicht um die Bekämpfung von Elend und Hunger auf der Welt zu kümmern. „Tatsache ist: Für Alphabetisierungs- und Lernprogramme, für das Gesundheitswesen und für die

Schaffung sozialer Einrichtung in den unterentwickelten Ländern werden diese Milliarden dringend gebraucht. Stattdessen will die NATO, wie sie es vor zwei Jahren auch in Jugoslawien gemacht hat, Städte und Dörfer und die dort lebenden Menschen platt machen.“

Nolz forderte die anwesenden Schüler auf, den Kriegsdienst zu verweigern und stellte das Vorgehen der US-Regierung in Frage: „Rache-feldzüge und Vergeltungsschläge machen alles nur noch schlimmer und sie treffen Unschuldige!“

Diese Formulierungen riefen die lokale konservative Presse (Siegener Zeitung) und die lokale CDU auf den Plan. Der Bundestagsabgeordnete Paul Bremer, Wehrpolitischer Sprecher der CDU/CSU Fraktion im Bundestag, sprach von „geisti-

ger Umweltvergiftung“ und von „kammheimlicher Freude des Redners über die Attentate“. Die CDU in Siegen sprach von einem „Netzwerk von Gesinnungstätern, die in eine unheimliche Allianz mit den Terroristen gerate“ und forderte die sofortige Einstellung der Kooperation der Stadt mit dem ZFK. Weiter wurde die Rückgabe von Landesfördermitteln für das ZFK in Höhe von vier einhunderttausend Mark gefordert, was das finanzielle Aus der Einrichtung bedeuten würde.

Die Schulaufsicht suspendierte Bernhard Nolz vom Schuldienst und der Leiter der Gesamtschule wurde in der Siegener Zeitung mit den Worten zitiert: „Der Schulfrieden ist massiv gestört. Täglich kommen Dutzende von Solidaritätsbriefen auf meinen Schreibtisch!“

Nach anfänglichen Zögern reagierte auch die örtliche Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW). Leider nicht im Sinne von Bernhard Nolz, da sie in einer Stellungnahme erklärten: „Passagen der Rede machten die Reaktionen erst möglich.“

Die Hetzkampagne der herrschenden Medien und Politik zeigt deutlich, dass jede abweichende Meinung und grundlegende Kritik im Keim erstickt werden soll. Das zeigt aber auch die Angst der Herrschenden vor einer wachsenden Anti-Kriegsbewegung.

Die SAV und widerstand international! in Siegen haben eine Unterschriftenaktion für Bernhard Nolz

und das ZFK gestartet und schon in der ersten Woche 120 Unterschriften gesammelt. Die Gründung eines Solidarkomitees wird vorbereitet.

Wir möchten alle auffordern, eine kurze Soli-Erklärung an das ZFK und den Schulleiter der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule zu schicken. ZFK, Alte Poststraße 12-16, 57072 Siegen
e-mail: info@zfk-siegen.de
B-von-Suttner-Gesamtschule, Kolpingstraße 35, 57074 Siegen (bvsg@gmx.de)

Protestbriefe:
An den Regierungspräsidenten Bezirksregierung Arnsberg
Postfach 59817 Arnsberg

Achtung Schultor! — Ab hier ist denken verboten!

Wenn man das Recht auf freie Meinungsäußerung beansprucht, muss man immer wissen, dass dieses Recht nur für die herrschende Meinung gilt!

Bei Flugblattaktionen des Berliner Bündnisses SchülerInnen und Schüler gegen den Krieg (gegründet aufgrund einer Initiative von w! und SAV) für einen Schulstreik am Tag X machten wir erste Erfahrungen mit Rektoren, die versuchten diese zu verhindern. Dabei blieb es nicht nur bei der Androhung von Verweisen, sondern es wurde sogar die Polizei gerufen, die aber unverrichteter Dinge wieder gehen musste, da ganz offensichtlich keine Straftat vorlag. Wie auch?

Am Montag, den 8. Oktober war trauriger Weise der Tag X gekommen. Am Morgen wurden die SchülerInnen vor den jeweiligen Schulen mit dem Satz begrüßt: „Guten Morgen – es ist Krieg – und deshalb heute Schulstreik“. Für viele war es alles andere als einfach, zum zentralen Treffpunkt, dem Alex, zu kommen. Es wurden kurzfristige Kurstests angesetzt und wer nicht mit-schrieb, bekam eben eine sechs. Den SchülerInnen, die sich für den Aufbruch zum Streik aussprachen, wurden Verweise angedroht und später auch ausgesprochen. Das alles war aber noch nichts im Vergleich dazu, dass die Rektorin der Max-Born-Schule behauptete, dass den „Aufrufern“ an ihrer Schule eine Anzeige wegen Totschlag drohe, wenn jemanden von „ihren“ SchülerInnen etwas passieren würde.

In den darauffolgenden Tagen und Wochen gab es weiterhin massive Einschüchterungsversuche seitens der Schulleitung gegenüber SchülerInnen, die sich an dem Streik beteiligten. Entschuldigungszettel seitens der Eltern wurden nicht anerkannt, und sogar einzelne SchülerInnen vor die gesamte Oberstufenvertretung zitiert, um sie zu isolieren und ihnen das Gefühl zu geben, dass sie nichts ausrichten können. Es sollten Verweise mit der Option auf Schulwechsel „besprochen“ werden. Durch eine Soli-Kundgebung zur gleichen Zeit vor der Schule, wurde dies in einem konkreten Fall zurückgenommen und es bei einem einfachen Verweis belassen.

Diese Art der Repressionen kann und konnte nicht hingenommen werden! Gleich nach dem 8.10. schrieb das Bündnis Pressemitteilungen. Unterschriftenlisten wurden erstellt, die sich gegen Repressionen in jeglicher Form aussprachen und eine sofortige Rücknahme sämtlicher Maßregelungen forderten. Innerhalb von weniger als zwei Wochen sammelte das Bündnis 2.050 Unterschriften, die am 25. Oktober an Berlins Schulsenator Klaus Böger übergeben werden sollten. Nachdem er sich eingeschlossen sowie die Polizei gerufen hatte und die SchülerInnen mit Sprechchören auf sich aufmerksam machten, war er bereit mit 5 (von knapp 60 anwesenden) SchülerInnen zu sprechen. In diesem Gespräch gab er deutlich zu verstehen, dass er nicht bereit sei, etwas zu unternehmen, auch wenn es rechtlich nicht korrekte Schritte von LehrerInnen gewesen sein sollten.

Desweiteren wurde eine Podiumsdiskussion mit dem Thema „Wie demokratisch sind unsere Schulen“

organisiert, zu der RektorInnen von verschiedenen Schulen, Siglinda Schaub (Bildungspolitische Sprecherin der PDS), Klaus Böger und VertreterInnen von w!, SchülerInnen gegen den Krieg und SAV eingeladen wurden. Die einzigen, die durch Abwesenheit glänzten, waren Herr Böger und die RektorInnen. Trotz alledem war es eine sehr lebendige Diskussion. Von fast allen RednerInnen wurde betont, dass es nicht hingenommen wird, dass es auf der einen Seite angeordnete Trauerminuten nach den Anschlägen gibt und es gleichzeitig unterbunden wird, wenn SchülerInnen ihrem Unmut über den begonnenen Krieg Luft machen wollen.

Der bisherige Verlauf zeigt zweierlei: Es ist notwendig sich zu organisieren! Nur dann ist es möglich, viele zu mobilisieren und nur gemeinsam kann man sich gegen Angriffe wehren.

Gegenwehr hat Erfolg! Durch den Schülerstreik wurden viele aufgetitelt.

Ines Erdmann, Berlin

Die SAV aktiv gegen den Krieg

Bereits vor dem Beginn der Bombardierungen von Afghanistan war die SAV aktiv, um Aktionen gegen den Krieg vorzubereiten. In allen Orten unterstützten SAV-Mitglieder den Aufbau von Anti-Kriegs-Bündnissen oder ergriffen dazu die Initiative. Zu der bundesweiten Demonstration am 13. Oktober konnte die SAV Dutzende von Leuten aus anderen Städten nach Berlin bringen.

Berlin

Neben der Unterstützung für den Schulstreik mobilisierten wir auch zur allgemeinen Tag X-Demo, wo ein Genosse für die SAV reden konnte. Unseren Wahlkampf nutzten wir, um für die Demo am 13. Oktober verstärkt zu mobilisieren. Dort konnte Anja Zander, Kandidatin der SAV zur BVV Pankow, für verschiedene sozialistische Organisationen eine Rede halten.

Aachen

Zu der Demonstration am Tag X kamen 200 Leute. Die SAV war

die einzige Gruppe, die vorher noch schnell mit Plakaten und Flugblättern dazu mobilisiert hatte. Zwei SAV-Mitglieder konnten Reden halten. Es gibt jetzt wöchentliche Montagsdemonstrationen gegen den Krieg.

Stuttgart

Bei der Demo am Tag X waren 300 Leute. Das Friedensnetzwerk wollte uns daran hindern, zu reden. Mit Unterstützung von ver.di vor Ort konnte dann aber ein Mitglied für die SAV eine Rede halten.

Rostock

Nach dem Beginn der Bombardierungen verteilten wir abends und am nächsten Morgen über 1.000 Flugblätter für die Tag X-Demo, zu der 200 Leute kamen.

Dresden

Bei einer Demonstration von 3.000 Leuten gegen den Krieg, sorgten wir zusammen mit anderen dafür, Nazis, die an der Demo teilnehmen wollten, zu vertreiben.

Katja Raetz, Berlin

Belgien: Schulstreiks gegen EU und Krieg

Interview mit Peter Deling, Mitglied bei Internationaler Gruppe von Widerstand international

Was ist Internationala verzet in Belgien?

Internationala verzet ist eine Kampagne der SAV-Schwesterorganisation Linke Sozialistische Partei (Linksozialistische Partei), Blockbuster und Aktief Linke Studenten gegen den EU-Gipfel in Brüssel im Dezember. Wir sehen uns als den antikapitalistischen Flügel in der Anti-Globalisierungs-Bewegung in Belgien.

Wir haben am 19. Oktober einen Schülerstreik mit 2.500 Leuten in Gent organisiert. Auch in zwölf anderen belgischen Städten konnten wir erfolgreich zu Schülerstreiks mobilisieren.



Am 19. Oktober streikten in Gent 2.500 SchülerInnen gegen den Krieg und gegen die EU. CWI-Mitglieder und Internationala verzet hatten die Initiative dazu ergriffen

Wogegen richtete sich der Schülerstreik in Gent?

Der Streik richtete sich gegen

den informellen EU-Gipfel in Gent und natürlich auch gegen den Krieg in Afghanistan. Es war eine kämpferische Demo mit ei-

ner starken antikapitalistischen Stimmung. Das hat man auch an unseren Reden gemerkt. Wir haben außerdem noch nie soviel Material verkauft von Internationala verzet wie auf der Demo. Außerdem hatten wir viel Medienresonanz mit dem Streik.

In Kortrijk waren wir in der Lage, genügend Druck auf die den Sozialdemokraten nahe stehende Gewerkschaft ABVV auszuüben, so dass sie einen Protest gegen den Besuch von Berlusconi und Schüssel, der in Österreich der gemeinsamen Regierung mit Haider vorsteht, organisieren mussten.

Wie geht es weiter?

Wir beteiligen uns an der Vorbereitung zu der Großdemonstration am 14. Dezember. Diese Demonstration muss auch eine Demonstration gegen den Krieg werden.

Nachrichten aus der Internationale

Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers International). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Griechenland

Am 9. Oktober fand in Athen eine Kundgebung von 5.000 Leuten gegen den Krieg statt, die von der Kommunistischen Partei organisiert worden war. Eine Umfrage vom selben Tag zeigte, dass 85 Prozent der griechischen Bevölkerung gegen den Krieg in Afghanistan sind.

Schon am 6. Oktober hatten Mitglieder des CWI zusammen mit der griechischen Sektion von widerstand international! eine Veranstaltung organisiert. Dazu gehörte eine Diskussion über Krieg, ein Video von den antikapitalistischen Protesten in Genua und zum Abschluss ein Konzert. 150 Menschen nahmen an der Debatte teil und 300 kamen zum Konzert. 21 Jugendliche erklärten, dass sie weitere Informationen wollen.

USA

In New York haben direkt Betroffene der Anschläge die Kampagne „Not in my name“ gegründet, um darauf aufmerksam zu machen, dass ihre Schicksale nicht als Rechtfertigung für die Bombenangriffe herhalten dürfen. Unmittelbar nach Kriegsbeginn demonstrierten 10.000 in der Stadt. In Boston kamen 1.500 am 14. Oktober zu einer Kundgebung, Socialist Alternative beteiligte sich aktiv an den verschiedenen Aktionen, initiierte an mehreren Colleges selber Proteste und stellte gemeinsam mit verschiedenen Immigrantengruppen am 14.10. in San Francisco eine Demo von 800 Leuten auf die Beine, auf die eine weitere von einem breiten Bündnis organisierte Demo von 3.000 am 20.10. folgte.

Australien

Denise Dudley kandidierte für die Socialist Alternative, der CWI-Sektion in Australien, bei Nachwahlen am 6. Oktober in einem Stadtteil von Melbourne. Sie erhielt 1.745 Stimmen, das sind 30,2 Prozent. Dies ist das seit Jahren beste Ergebnis für einen sozialistischen Kandidaten in Australien. Als Krankenschwester war Denise Dudley Koordinatorin der Erste-Hilfe-Teams bei den antikapitalistischen Protesten am 11. September 2000 und beim 1. Mai in diesem Jahr. Diese Aktionen sind einer der Gründe für den Erfolg. Die Stimmenanzahl lag nur wenig unter dem der Grünen und der Labour Party, damit wurde es nur knapp verpasst, den Sitz zu erobern.

Adresse: CWI, PO Box 3688, London E11 1YE, GB
Tel.: 0044 20 8558 5814
Fax: 0044 20 8988 8793
e-Mail: CWI@worldsoc.co.uk
www.worldsocialist-cwi.org



Demokratische Rechte verteidigen

Verhindert Schilys innere Aufrüstung



Überwachungswahn von Schily...
Mit Sicherheit gegen die Bevölkerung

„Datenschutz darf nicht zur Behinderung von Kriminalitätsbekämpfung oder Terrorismusbekämpfung dienen“, tönt Schily. Dieser wäre in Deutschland in der letzten Zeit übertrieben worden. „Zaghaftigkeit und Unsicherheit darf nicht die Parole sein,“ schwor Schily die Abgeordneten auf ihre „nationale Verantwortung“ ein. Der Ruf wurde erhört. Fraktionsübergreifende Einigkeit von SPD, Grünen, CDU und FDP hat das Anti-Terror-Paket 1 genehmigt. Weitere Verschärfungen folgen auf dem Fuße.

Von Kim Opgenoorth, Köln

Einem Warenkatalog gleich wird aufgelistet, was sich einige schon immer gewünscht, aber nicht laut zu sagen getraut haben: Rasterfahndung und Kronzeugenregelung werden wieder hervorgeholt. Der Verfassungsschutz soll künftig Daten von Banken und Postunternehmen einfordern können, ohne die Betroffenen darüber zu informieren. Enge Zusammenarbeit und Datenabgleich zwischen Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst und Bundesamt für Verfassungsschutz wird angestrebt. Der Bundesgrenzschutz soll nicht nur an Bahnhöfen, sondern auch anderswo Ausweispapiere kontrollieren dürfen. Bei „Terrorismus- und Extremismusverdacht“ sollen Visa- und Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer und Ausländerinnen verweigert werden, Passbild und Fingerabdrücke sollen zentral gespeichert werden. Persönliche Daten, Fingerabdrücke und Sprachanalysen von AsylbewerberInnen sollen zehn Jahre gespeichert werden können. Biometrische Merkmale, wie zum Beispiel Fingerabdrücke, sollen in alle deutschen Pässe aufgenommen werden.

Pauschal wird erst mal jeder verdächtigt. Wer in der jetzigen Situation nicht befürwortet, dass Daten abgeglichen und Verschärfungen durchgesetzt werden, sowieso. Demokratische Grundprinzipien werden ausgehöhlt. Nicht mehr der Ankläger muss nachweisen, dass der Angeklagte ein Verbrechen begangen hat, sondern der Verdächtige muss seine Unschuld beweisen. Ganz nebenbei wurde die Überwachung der

Telekommunikation ausgeweitet. Das Abfangen von e-Mails ist seit dem 24. Oktober problemlos möglich.

Unschuldige vor

Wer nix zu verbergen hat, braucht sich vor solchen Maßnahmen nicht zu fürchten?

Nein – umgekehrt wird ein Schuh daraus! Wer was zu verbergen hat, wird sich durch solche Regelungen nicht einschüchtern lassen. Wer einen Anschlag wie dem 9. November in New York planen und durchführen kann, der wird wohl auch in der Lage sein, Ausweise und Fingerabdrücke professionell zu fälschen. Kriminelle Banden, Drogenkartelle, Geheimdienste, große Wirtschaftsunternehmen, Militär – sie alle haben genügend Möglichkeiten, sich den Überwachungsmechanismen zu entziehen. Die meisten Menschen haben diese Möglichkeiten nicht und sind bei voreiliger Verdächtigung der Willkür des Staates ausgesetzt. Wenn Privatsphäre kriminell wird, werden nur Kriminelle Privatsphäre haben.

Erfolg gegen Terror?

Um diese Maßnahmen durchzusetzen, wird Angst geschürt. Die Angst vor Terroranschlägen lässt das Bewusstsein um demokratische Rechte in den Hintergrund treten. Der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Joachim Jakob, hält es für „einfach falsch, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, dass dieses furchtbare Attentat durch weiter reichende rechtliche Befugnisse hätte vermieden werden können.“

Die Rasterfahndung in den siebziger Jahren wurde angeblich eingeführt, um RAF-Terroristen zu finden. Eine Person wurde ermittelt, aber Zehntausende wurden beobachtet, verdächtigt und teilweise verfolgt. Bei Straßenkontrollen wurden Maschinengewehre eingesetzt, um ein Klima der Einschüchterung zu produzieren. Es gab Berufsverbote für mehr als zehntausend Menschen: Der Briefträger wurde aus dem Öffentlichen Dienst entfernt, da er Mitglied der DKP war.

Rassismus mit Rasterprofil

Das Rasterprofil ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Die Kri-

terien sind jedoch in allen Ländern ähnlich schwammig. Als verdächtige Eigenschaften gelten unter anderem ein legaler Aufenthalt in Deutschland, die finanzielle Unabhängigkeit sowie keine Auffälligkeiten im allgemein kriminellen Bereich. Dies waren bis vor ein paar Wochen für Menschen aus dem Ausland die wichtigsten Voraussetzungen, um in Deutschland geduldet zu sein. Heute sind es Gründe, verdächtig zu sein.

Nicht nur AusländerInnen werden vom deutschen Staat demnächst als Gefahr gesehen und behandelt. Die ersten LehrerInnen, die sich kritisch gegenüber dem Krieg geäußert haben, sind vom Dienst suspendiert worden. In Köln werden Graffiti-Sprayer seit dem 11. September in öffentlichen Anzeigen wegen „Farbschmierereien“ als „Farbterroristen“ bezeichnet. Kriegsgegner werden zu Landesverrätern. Castor-Gegner zu Atomterroristen? Globalisierungsgegner oder DemonstrantInnen für eine bessere Bildungspolitik, sie alle können in Zukunft noch leichter kriminalisiert werden.

Es lebe die Demokratie!

Selbst die Financial Times Deutschland gibt zu: „Zusammengenommen bringen uns Schilys Maßnahmen dem Überwachungsstaat ein gutes Stück näher. Schilys Paket birgt die Gefahr, dass wir einen Teil unserer Freiheit aufgeben, ohne dass es der Bekämpfung der Terroristen nützt“ (18.10.01). 10

Jahre nach dem Mauerfall sind sich die etablierten Parteien nicht zu schade dafür, Spitzel- und Stasi-Methoden einzuführen. So hochwertig scheint ihnen die Demokratie, die mit aller Härte – und Krieg – gegen die Angriffe des vermeintlichen Attentäters Bin Laden verteidigt wird, dann doch nicht zu sein.

Darum ist es notwendig, dass die Antikriegsbewegung auch gegen den Abbau demokratischer Rechte aktiv wird. Der Kampf gegen die militärische und staatliche Aufrüstung muss Hand in Hand gehen. In beiden Fällen ist die hier lebende Zivilbevölkerung Opfer davon.

Anti-Terror-Paket 1

- ⇒ Drei Milliarden Mark für die innere und äußere „Sicherheit“ (Bundeswehr, Bundesgrenzschutz etc.)
- ⇒ Ausweitung des §129b StGB (Bildung, Mitgliedschaft, Unterstützung sowie Werbung für terroristische Vereinigungen im Inland ist eine Strafe) auf Organisationen im Ausland (Das kann 1-10 Jahre Haft heißen für jemanden, der die Zapatisten in Mexiko unterstützt)
- ⇒ Vereinsrecht: Religionsgemeinschaften können leichter verboten werden
- ⇒ Verstärkte Sicherheitskontrollen an Flughäfen. Luftmarschalls sollen eingesetzt werden. Das Bodenpersonal, von Angestellten bis zu den Reinigungskräften, muss strengen Auflagen entsprechen
- ⇒ Zuwanderern aus bestimmten Ländern soll eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz unterzogen werden
- ⇒ Bundeswehr soll im Inneren eingesetzt werden

beschlossen am 27.9.01

Mach mit bei der SAV

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Name, Telefon

Adresse

Einsenden an: Sozialistische Alternative, Littenstr. 106/107, 10179 Berlin, Fax 030-24723804, e-mail: info@sav-online.de

Ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 MARK
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ MARK bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen

Name, Telefon

Adresse